

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

256 (29.7.1906) Badischer Landtag. Erste Kammer. 33. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

33. öffentliche Sitzung.

am Donnerstag den 19. Juli 1906.

Unter dem Vorsitz des II. Vizepräsidenten Geheimerat
Dr. Bürklin.

Tagesordnung:

1. Anzeige neuer Einläufe.
2. Beratung der Berichte der Budgetkommission über den Nachtrag zum Budget des Großh. Ministeriums der Finanzen (Hauptabteilung V) Titel IV der Ausgabe und Titel I der Einnahme, mündlicher Bericht, erstattet von Freiherrn von Stöckingen; — Fortsetzung — Titel V, VII, XI und XIII der Ausgabe und Titel IV der Einnahme, mündlicher Bericht, erstattet von Geh. Kommerzienrat Koelle.
3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Nachtrag zum Spezialbudget des Eisenbahnbaues für die Jahre 1906 und 1907 (B.-Nr. 294). Berichterstatter: Geheimerat Sonjell.
4. Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über das Spezialbudget des Eisenbahnbaues für 1906 und 1907 § 27 Pforzheim, Bahnhofserweiterung, 4. Teilforderung. Berichterstatter: Geheimerat Sonjell.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Finanzen Geheimerat Becker, Direktor der Staatsschuldenverwaltung Geh. Oberfinanzrat Gölzer, Vaurat Seib, später Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Geheimerat Freiherr von Marschall, Generaldirektor Geheimerat Roth, Vaudirektor Wasmmer.

Der II. Vizepräsident eröffnet die Sitzung kurz nach 4 Uhr.

Das Sekretariat gibt bekannt, daß eine Petition der Gemeinde Mundelsingen betr. die Kandernbahn, Eisenbahnverbindung von Donaueschingen nach Schaffhausen eingelaufen ist.

Die Petition wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung — Fortsetzung der Beratung über den Nachtrag zum Budget des Ministeriums der Finanzen

Titel IV der Ausgaben und Titel I der Einnahmen — erhält das Wort:

Professor Dr. Thoma: Wenn ich heute vormittag noch aus der Reihe der Rednerliste hervor zum Worte gekommen wäre, so hätte ich, um die Zeit der schon so langen Sitzung abzukürzen, auf das Wort verzichtet und hätte es dahin begründet, daß Herr Geh. Rat Windelband das, was ich etwa sagen könnte, in bezug auf das Heidelberger Schloß schon so vortrefflich gesagt hat, daß meine Erörterungen das, was derselbe gesagt hat, nur abschwächen könnten. Nun ist der Nachmittag doch angebrochen worden und wenn ich als Schüler jemals gut auswendig gelernt hätte, so wäre ich in Versuchung, die Rede des Herrn Geh. Rates noch einmal zu halten.

Ich habe das hohe Präsidium um die Vergünstigung ersucht, ein wenig ausschweifend in meiner Rede zu sein und erst auf Umwegen nach Heidelberg gelangen zu dürfen.

Ueber das Heidelberger Schloß ist alles, was gesagt werden kann, schon gesagt, die zwei Standpunkte der Denkmalspflege stehen sich gegenüber und zu bekehren ist wohl niemand mehr — ich kann jetzt nur noch von dem Standpunkte des Malers, des Naturfreundes, des Romantikers, d. h. aller der reden, die man mit dem Namen „Ruinenschwärmer“ abtun möchte. Ich suche also durch allerlei Ränke hindurch den „Rant“ zu gewinnen, der mich zuletzt doch auf das Heidelberger Schloß bringt.

Ich bin nämlich, wie Sie, Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren wohl wissen, in einer recht eigenen Situation hier in diesem hohen Hause. — Da ich bis in mein sechzigstes Jahr gar nichts anderes als Maler war, nicht einmal Professor — so kann ich nur annehmen, daß ich speziell als Vertreter der Kunst in dieses hohe Haus berufen worden bin. — Nun ist es natürlich, daß ich hier auch aufpasse, meine Pflicht zu tun. Wo kann ich der Kunst was nützen? Bei welchem Etat habe ich einzusetzen — als ich hierher kam, wie man zu sagen pflegt, wie ein Waisenknecht, so dachte ich, die Stelle, wo ich zum Wort gelangen kann, wird wohl ganz natürlich beim Kultusministerium sein. Die Kunst ist ja eine Kulturangelegenheit hohen Ranges und

vielleicht auch eine Unterrichtsangelegenheit — weit gefehlt, einmal kam ich beim Justizetat zu Wort und nun zweimal beim Finanzetat — letzteres ist vielleicht einleuchtend, wenn man das banale Wort, die Kunst geht nach Brot, in Erwägung zieht.

Als ich hörte, daß ich in das Hohe Haus berufen werden sollte, so hat dies mir auch deshalb viel Kopfschmerz gemacht, weil ich nicht wußte, welcher politischen Partei ich angehöre — als Künstler habe ich nämlich nie einer politischen Partei angehört — Beim Eintritt in dies Hohe Haus habe ich mich nun geprüft, wo gehörst du hin? Ich hörte oft die Reden im andern Hohen Hause. Da sprach einer so richtig und überzeugend, daß ich sagte, ja der hat recht. Dann kam sein Gegner, der hatte aber auch recht, und ein Dritter kam und bewies, daß alle beide nicht recht haben. Da sagte ich, jetzt hat der recht. Ich war in einem rechten Dilemma, und wenn ich am Morgen rot aufwachte, so wurde ich den Tag über grün und blau und schlief wohl gar nachts als Schwarzer ein. Möge das Hohe Haus mir dies Geständnis verzeihen, ein Maler ist gar sehr dem Farbenwechsel unterworfen.

Aber sehr bald fühlte ich mich heimisch in diesem Hohen Hause, ich sah auf einmal ein, daß man es hier gar nicht nötig habe, einer Partei anzugehören, daß hier das Wohl des Vaterlandes Trumpf ist, das redliche Streben, nach bestem Willen und Wissen das Wohl des Volkes zu fördern. Und wenn auch einmal vor meinen Augen schwarze und rote Fäden vorbeigeschwirrt sind, als Maler freut man sich auch an den Farben und da wurde ich, der ich von Natur eher schlichtern bin, ganz frech und ich erlaubte mir, das ganze Staatsgetriebe vom Malerstandpunkte aus zu beurteilen und da dachte ich, so ein Staatsmann und Minister ist ja doch nichts anderes, als auch ein Künstler. Wie wir Maler all die bunten Farben, die durcheinander schreien, als Gegensätze brauchen, um ein sinnengefülltes Gebilde, vielleicht sogar ein seelenvolles, um eine Harmonie für das Auge zu herzustellen, eine Harmonie zu gutem Zwecke; so auch der Staatsmann. Er versteht es, die Farben zu mischen und wenn sie auch einzeln schreien, aus ihnen einen Wohlklang, eine Harmonie für das Menschendasein zu machen. Frech wurde ich da und nannte in meiner Seele die Minister Kollegen.

Gegensätze verstehen, ein Chaos zu einer Einheit gestalten, das ist Kunst. —

Die Kunst hat etwas Konservatives in ihrem Wesen, sie will festhalten und will erhalten was schön ist — sie konserviert ebenso gern als sie neu schafft. Als ich hier eintrat, dachte ich auch, nun werden wohl auch die Künstler, meine Kollegen, kommen mit allerlei Begehrlichkeit wie andere Stände auch — aber das war nicht der Fall — alles, was an mich gekommen ist, ist das, daß die Künstler so gern daran teilnehmen möchten, die Schönheiten unseres Landes zu erhalten — eine gewisse Berechtigung zu erhalten, auch mitsprechen zu dürfen, wo es sich um Erhaltung der Natur und Kunstdenkmäler des Landes handelt — ich konnte ihnen kaum etwas in Aussicht stellen — denn eine geordnete Kunstpolitik und Kunstpflege gibt es ja noch nicht — es muß hierin wie kaum in einem andern Felde noch gesucht werden. Im Stillen habe ich da manchmal gedacht, daß man die Architekten, Maler, Bildhauer, die in gewissen Bezirken ihr treiben, zu Heimatschutzmännern ernennen könnte — oder zu Waldhütern — da dieser Titel, wie ich gehört habe, jetzt wegtommt und die, welche bisher so geheißen haben, jetzt Forstwärter genannt werden sollen.

Eine Farbe, die ich besonders liebe, ist das Grün, das läßt vielleicht auf agrarische Neigungen schließen,

und so darf ich wohl gestehen, daß ich mich immer gefreut habe, wenn in diesem Hohen Hause für den Schutz der Kleinbauern, der Kleinmüller, Brauer und anderer ländlicher Gewerbetreibender eingetreten wurde. Hier mischen sich meine künstlerischen Gefühle mit meinen nationalökonomischen.

Es wird wohl eine Zeit kommen, wo man das Eichendorffsche Lied „In einem kühlen Grunde, da geht ein Mühlenrad“ nur mit einem Kommentar verstehen wird — was ist ein kühler Grund? Dann wird man sagen, von dort an, wo jetzt die Eisenrohre sind, war im Tal ein Bach, der sich durch Erlen und Weidengebüsch geschlängelt hat — der hat ein großes Mühlenrad getrieben, über das das Wasser gestürzt ist und im Sonnenschein wie Diamanten gegläntzt hat. Man wird auch fragen, wo ist die schöne, so viel besungene Müllerin, die dort gewohnt hat? — Ja, die arbeitet jetzt in der Fabrik, oder sie ist Verkäuferin in einem Warenhaus in der Stadt. — Schön ist sie immer noch, aber sie hat keine so roten Waden mehr. —

Es ist eine große und dankbare Aufgabe, die Heimstätten des Volkes zu schützen. Heimatgefühl, Heimberechtigung fördert wie nichts anderes die Zufriedenheit — und wenn dies Heimatrecht nur in einer Strohhütte besteht — das größte Mißgeschick ist heimatlos sein. Die Unruhe und Unzufriedenheit knüpft sich dem an die Fersen, der heimatlos gemacht worden ist. — Die Bestrebungen, den Arbeitern kleine Häuser, eigene Wohnstätten zu bauen, sind höchst segensreich.

Doch ich will mich ja eilen, damit ich nach Heidelberg komme.

Wir freuen uns ja alle, wenn wir im Ausland hören: das ist doch ein schönes Land, das badische Ländle. — Als ich noch in Frankfurt war, besuchte mich einmal ein österreichischer Graf — ein Kunstfreund, ein Weltreisender, der alle Herrlichkeiten der Weltgegenden gesehen hatte, ich ließ mir erzählen, wie schön es in Indien, Japan u. sei, endlich sagte er: aber die schönste Gegend, die ich je gesehen habe, ist halt doch die Landschaft vom Bodensee an dem Oberrhein herunter. — Ich meinte, daß ich in seinen Augen sehr gewinnen würde, als ich sagte, ja aus der Gegend bin ich.

Wir alle wissen es und ich will keine poetische Landesbeschreibung machen, ich brauche bloß Namen zu nennen, der Bodensee, der Untersee, Schaffhausen, dort der Rheinfall, das herrliche Naturwunder, man sagte mir, daß die Schweizer, sie sollen ja recht materiell gesinnt sein, den Rheinfall zu Industriezwecken ausnützen wollen — ich bin mir wohl bewußt, daß man sich in Angelegenheiten fremder Staaten nicht einmischen darf, aber ich bin selber schon von Schweizer Heimatschutzleuten darum angegangen, resp. es ist mir dies gellagt worden. — Wie schön krümmt sich der Rhein durch Hügel, Felder und Wälder bis Waldshut hinunter, wo das Aartal einmündet. — Wie schön ist Laufenburg mit seinen Stromschnellen, manche sagten schon, es sei schier interessanter als Schaffhausen — es ist ein herrliches Naturbild. — Doch wir wollen rasch vorbei — nach Säckingen, der Scheffelstadt — dort ist jetzt auf dem Fridolinskirchplatz ein Scheffeldenkmal mit dem angelebten Trompeter — es war früher ein mächtiger Brunnen dort — einfach, aber ein fast symbolischer Wasserspender. Es gibt kein besserer Schmuck für einen Marktplatz, als ein Brunnen — es braucht deshalb noch kein Kunstbrunnen zu sein. — Auch ein Waldsee ist in der Nähe, den Scheffel besungen hat. — Damals standen Tannen fast bis in den See hinein, seine Ufer waren voll Wasserlilien, Schilf, Nachtschatten und Belladonna — es war ein Fußpfad herum, den man zu zweien gehen konnte. — Da, auf einmal

fam's — ich weiß nicht von wem, aber es wurde beschlossen, nun muß der See schön und ordentlich gemacht werden, statt dem Seelilienfranz gehen jetzt Quaimauern um den See herum und ein Sträßle, damit man Chaisen fahren kann. Schefel fände jetzt wohl nicht mehr viel zu besingen.

Dann kommt Rheinfelden, wo man ein Schlachtfeld sieht, auf dem die Industrie das Agrariertum besiegt hat. Dann das schöne alte Basel, wenigleich eine Schweizerstadt, so haben wir doch bald den schönsten badischen Bahnhof auf ihrem Boden. Herrlich ist die Gegend zwischen Basel und Freiburg, das Marktgräberland, in welches die Schwarzwaldhöhen herunter grüßen. Freiburg mit seinem weltberühmten Dom, der aber jetzt doch etwas bescheiden geworden ist neben den Emporkömmlingen von Stadttürmen. Der Schwarzwald mit seinen Holzhäusern ist gerade durch letztere etwas gar Eigenes. Es hat nun kürzlich ein Architekt geschrieben, der den Vorschlag macht, daß man ja die Bauweise dort nicht ganz verlassen solle, sogar im Interesse des Fremdenverkehrs diesen Baustil wieder pflegen sollte. Diese Häuser, die so ganz unter dem Eindruck ihrer Umgebung fast wie Naturprodukte so richtig wirken, gerade weil sie ausnahmslos von Dorfzimmerleuten gemacht sind, die nicht einmal eine Baugewerkschule besucht hatten.

Dies Zusammenwachsen, dieser Einklang von Natur und Menschenwerk ist etwas gar Schönes, überall, nicht nur beim Heidelberger Schloß; ich möchte hier auch noch der Dorfkirchen gedenken und der Kapellen und sie dem Schutze des Publikums anempfehlen, sie sind gar schön in ihrer schlichten Art. Doch nun von Freiburg landabwärts, ich will mich nicht mehr aufhalten, nur noch einen Blick nach Bruchsal hinein, dem wundervollen Schloß, das wie die dort garnisonierten Dragoner die gleichfarbigen Worten trägt.

Und nun bin ich beim Heidelberger Schloß. Vor Jahr und Tag schon hat einmal ein Architekt zu mir gesagt: Sie mögen nun wollen oder nicht, das Heidelberger Schloß wird doch neu aufgebaut. Ich habe mich gar nicht besonders geäußert darüber und ich weiß wirklich nicht recht, war das Sie groß geschrieben und ich damit persönlich gemeint, oder war es das sie im Plural, alle die dagegen sind, gemeint. Dieser Architekt nahm wohl an, daß ich dagegen sein müßte, weil er wußte, daß ich erstens Maler, zweitens Naturfreund und drittens etwas romantisch angehaucht war, wie es ja bei uns Deutschen so leicht passiert. Wenn ich ihm widersprochen hätte, so hätte er mich wahrscheinlich mit dem Worte „Ruinenschwärmer“ abgetan.

Ich stehe heute auch ein wenig unter dem Eindruck dieses zarten Ausspruches.

Doch möchte ich sagen, daß ich durchaus kein Ruinenschwärmer bin — bei einigen Ritterburgen habe ich sogar meine Freude, wenn sie wieder erneuert und belebt werden — ich möchte selber gern auf so einer Burg wohnen — wenigstens trinke ich gerne, wenn eine Wirtschaft eingerichtet ist, dort meinen Schoppen. — Auf solchen Burgen ist eben Mauer Mauer — und die neuen Steine sind gerade so als wie die alten, sie wurden alle bei Erschaffung der Welt gemacht. —

Heidelbergs Otto-Heinrichsbau aber ist das Torso eines Kunstwerkes. — Alles, was ich jetzt noch zu sagen hätte, hat der Herr Geheimrat Windelband so vortrefflich schon gesagt — daß ich nur eine schlechte Kopie davon geben könnte und daß das, was ich mir vorgenommen hatte zu sagen, ein Stammeln wäre von dem, was Herr Windelband in der klaren Beherrschung des Wortes und seiner Logik gesagt hat. —

Ich stehe nun vor dieser schönen Ruine, vor dieser Natur gewordenen Architektur, und ich weiß, daß kein Meister der Welt sie schöner machen kann, als sie jetzt ist — ob er nun Zwergdächer oder Siebeldächer noch so hoch — farbig oder grau aufsetzt. Mit mir stehen, ich darf wohl sagen, die allergrößte Mehrzahl der Maler Badens, ja, ich darf sagen, Deutschlands — ja, Europas — und wohl auch die von China und Japan — wenn sie den Friedrichsbau gründlich angesehen hätten.

Das Regiment von Malern mag wohl denen, die doch wieder aufbauen wollen, nicht allzusehr imponieren, sie möchten gar sagen, die Maler ärgern sich, daß wir ihnen ihre Studienschlupfwinkel wegnehmen. — Dem ist aber nicht so — der Malerei im tieferen Sinne — vielleicht darf ich sagen, nicht als Luxuswarverfertigerin, sondern als Disziplin, liegt die Erziehung des Auges ob und Leonardo da Vinci nennt die Malerei die Wissenschaft vom Sehen.

Nur die Augen öffnen und alles wird schön! Ein reicher Weltbesitz wird uns zuteil, wenn wir die Gabe haben, sie schön zu sehen — denn an und für sich ist nichts schön oder häßlich, erst das Auge hat die Kraft, alles zum Schönen zu wenden, zur Einheit zu gestalten. Durch das Auge macht der Geist die Welt zu seinem Besitz.

Aus diesem freilich gar flüchtigen Streifzuge durch unser Land möge man den Eindruck gewinnen, warum die vielen Maler und Naturfreunde so ganz für die Erhaltung der jetzigen Ruinenschönheit des Heidelberger Schlosses sind.

Es ist heute vormittag bei der Aussicht auf Schiffharmachung des Oberrheines etwas wie eine Fata Morgana erschienen, ein Mannheim am Bodensee. Es ist gesagt worden, daß Optimismus dazu gehöre, wenn Bedeutendes geschaffen werden soll, das ist Wasser auf Müllers Mühle, und so sei es auch mir, dem Phantasten von Berufs wegen, gestattet, ein Bild zu eröffnen — eine Aussicht verlockend für alle schaffenden Künstler und ganz insbesondere für die Architekten. Ich denke mir nämlich, wenn einmal für die Kunst Millionen vorhanden sind, so müßte sie auch aus dem Geiste unserer Zeit heraus neue Werke schaffen können. Eine hohe Weltanschauung früherer Zeiten war stark genug, herrliche Dome emporzutreiben, so sollten wir mit unserer breiteren, mehr an der Erde haftenden Weltanschauung doch auch etwas Großes als Zeichen gemeinsamen Volksgesistes hervorbringen — es ist ja doch seit dem gescheiterten Turmbau von Babylon das Bestreben der Menschheit, ihrer Volksgemeinschaft mächtige Zeichen zu setzen. Da könnte man wohl einmal einen Kunsttempel großen Stiles bauen, ein Festhaus, den edlen Freuden des Volkes gewidmet, eine Erziehung zu dieser edlen Freude und eine Gesetzgebung für dieselbe; eine Festhalle oder vielmehr Festhallen für Spiele, Tanz und Sport, eine Festhalle zur Aufführung der Werke unserer deutschen Meister der Musik und Dichtung. Welch herrlichen Schatz besitzen wir hier, der zur lebendigen Wirksamkeit gebracht werden könnte. Ich will nichts aufzählen, wenn ich aber doch an das Beethoven-Schillerische: „Freude, schöner Götterfunken“ denke, so ist dies beinahe das Programm, unter dem ich mir diesen Kunstfreudentempel aufgeführt wünschte.

Unser Badener Land würde sich wie kein anderes in Deutschland hierzu eignen — ich weise hin auf all die schönen Hügel, die das Rheintal bekränzen — gerade um Baden-Baden herum wären gar schöne Plätze dazu, aber auch bei Badenweiler, bei Freiburg — und noch an gar vielen Stellen. Das wäre eine Kunsttat — dadurch könnte die Kunst eine das Volk verbindende

geistige Macht werden - verfühliches Erkennen liegt im Wesen der Kunst - Wiedererkennen der Menschenseele auch im andern, im Mitbruder - Gemeinschaftsgefühl - daraus würde auch eine Milde hervorgehen, daß keiner dem andern mehr seine Weltanschauung in Fesseln vom Leibe zu reißen sucht, weil er als Draperie seiner menschlichen Blüten eine andere sich angeschafft hat. - Ein milder Geist würde schonend mit jeder Weltanschauung umgehen. Ein milder Geist, der alsdann walten möchte über und unter den Menschen, ein Geist, wie er gerade in unserm lieben Badener Lande vom Herrscherthron uns voranleuchtet. -

Vaurat Seig: Wenn ich mich recht erinnere, war es der Dichter Hermann Kurz, der in seiner Jugend zu seinem Freunde, dem Philosophen Eduard Zeller, gesagt hat: „Sage mir, was in meinem Innern vorgeht, dann werde ich an deine Philosophie glauben.“ Ganz ähnlich könnte man von all den Anregungen, die die Kunst auf den Menschen hervorbringt, sagen: Derjenige, der ein Kunstwerk hervorbringen will, bei dem kommt es auf die Individualität an, und der Genuß eines Kunstwertes ist ebenso ganz individuell begrenzt. Mit großem Vergnügen habe ich aus den Worten des Herrn Professor Thoma herausgehört, daß der Inhalt seiner wirklich vorsichtig und klug gehaltenen Rede dahin geht, daß man bei Kunstfachen die Augen aufmachen muß, und in der Erziehung zum Kunstgenuß darauf ausgehen muß, das Auge zu erziehen. Ich glaube nicht, daß es einen Architekten gibt, der besangen genug wäre in irgend einer Schulmeinung, um jeden Preis das Schloß in Heidelberg wieder aufbauen zu wollen.

Wenn man zurückgeht auf die ursprünglichsten Regungen, die das Interesse hervorgerufen haben, muß man sagen, es ist die technische Betrachtung durchaus nicht die erste Ursache gewesen. Von vornherein hat man Befürchtungen gehegt für das Schloß und insbesondere für den Otto-Heinrichsbau aus ästhetischen Gründen.

Herr Geheimrat Windelband hat in seiner glänzenden Rede gesagt, es sei in früheren Zeiten ja wohl nicht so gewesen, daß man, wie etwa einige 30 Jahre vorher, eine Passion zum Wiederaufbau an sich gehabt habe. Ich möchte daran erinnern, daß wenn man jetzt von einer Venus von Milo redet, der man keine Arme hinhängen kann, die Auffassung in früheren Zeiten eine ganz andere war. Damals hat man sich nicht scheut, antike Statuen zu ergänzen. Und wenn die von Herrn Geheimrat Windelband gepriesene Lehrmeinung allgemeine Geltung finden sollte, dann gibt es eine große Zahl der berühmtesten antiken Bildwerke in den päpstlichen Museen, die auf die Seite geworfen werden müßten, weil man sie in jener Zeit in Gottes Namen ergänzt hat, und kein geringerer, als Michel Angelo versuchte, den Laokoon zu ergänzen. Ich glaube, der naive Mensch, wenn man ihn vor ein zerstörtes Kunstwerk stellt, wird zunächst in sich Bedauern darüber empfinden, daß das Kunstwerk eben ruiniert ist. Für die Wiederherstellung des Otto-Heinrichsbaus sprechen technische Erwägungen. Wir können die Venus von Milo in ein Haus stellen und vor der Witterung schützen. Der Otto-Heinrichsbau ist selbst ein Stück eines Hauses, und wir können die Fassade nicht in einen Glaskasten stellen, wir müssen sie unter Verhältnissen bringen, die etwa wieder die gleichen sind mit denen, die ein der naturgemäßen Abnutzung unterworfenen Haus aufzuweisen pflegt. Es ist an sich von vornherein nicht leicht gewesen, sich darüber klar zu werden, wie man das zu machen hat, und es war auf unserer Seite eine 20jährige Erfahrung, die uns dazu geführt hat, daß es zweierlei Schädigungen sind, die beseitigt werden müssen,

wenn wir den Otto-Heinrichsbau erhalten wollen: eine Schädigung durch die Gewalt des Windes, die andere durch die langsam aber sicher wirkenden äußeren Witterungseinflüsse. Gegen die eine Schädigung ist diese oder jene Konstruktion möglich, die von anderer Seite vorgeschlagene hat sich, soweit ich es beurteilen kann, nicht als der Sache entsprechend gezeigt. Aber ich zweifle nicht daran, daß man eventuell instande sein wird, gegen den Wind solche Konstruktionen zu finden. Damit beseitigen wir aber nur einen kleinen Teil der Gefahr. Der weit-aus größere Nachteil wird der ganzen Fassade durch die Wirkung der Witterungseinflüsse zugefügt. Durch sie werden die Steine langsam aber unaufhaltsam zerstört. Wie lange es dauert, bis dieser Prozeß mit der völligen Vernichtung der Fassade geendet hat, kann kein Mensch wissen. Das wissen wir aber sicher - und ich entnehme das aus den zerstörten Karyatiden am Portal, wie ich schon in der Budgetkommission zu bemerken die Ehre hatte - daß der Verfall jetzt rapid ist, daß heute ganze Teile der Fassade zerstört sind, die vor 20 Jahren noch nicht zerstört waren. Nun hat man gesagt, ein großer Teil der Steine, die beseitigt werden sollen, hat Ornamente, die werden nicht mehr am Bau erscheinen, nur die glatten Steine werden wieder verwendet werden. Das ist wohl ein Irrtum, der sich bei der Beratung in der Budgetkommission eingeschlichen hat. Die Verhältnisse liegen so, daß jeder Stein des Otto-Heinrichsbaus entweder einen Architekturtitel oder ein Ornament trägt, beziehungsweise beides vereinigt. Es ist nicht etwa eine Verbindung von Architekturformen mit eingeschalteten, leeren Steinen. Sie stehen alle unmittelbar im Zusammenhang. Darum ist, wenn nur ein Ornamentstein beschädigt ist, der leicht durch eine kleine Reparatur ausgebessert werden kann, in der Zeichnung und im Vorkaufsplan der ganze Stein als reparaturwürdig bezeichnet worden.

Was man mit den abweichenden Vorschlägen zu erreichen beabsichtigt, scheint darauf hinauszugehen, daß man den Wünschen aller derer entsprechen möchte, die für die Zukunft die äußere Form der Ruine erhalten wollen. Wir schlagen eine Anzahl Konstruktionen im Innern vor, die von außen kaum zur Erscheinung kommen, während die Gegner sogar für erträglich erklären, daß eiserne Umbände um die Pfeiler gelegt werden. Die Konstruktion, die wir vorgeschlagen haben, wäre die weit einfachere, denn man sieht von außen fast nichts. Allerdings haben wir die Konstruktion so berechnet, daß die Möglichkeit, ein Dach aufzubringen, erhalten bleibt. Wenn seinerzeit die maßgebenden Behörden beschließen, es soll kein Dach aufgebracht werden, so ist sie gegenüber einer bleibenden anderen Konstruktion, die nur den Zweck hat, gegen den Winddruck zu schirmen, nicht schlechter. Mir scheint, daß wir kein Recht haben, der Zukunft ein für allemal die Möglichkeit abzuschneiden, durch ein Dach auch diejenigen Schädlichkeiten aus der Welt zu räumen, die wir sonst durch nichts aus der Welt räumen können. Es sind Vorschläge zur Ausschreibung von Konkurrenz und dergleichen gemacht worden. Ich glaube nicht, daß diese zu irgend einem Resultat führen können. Es liegt auf der Hand, daß man Steine, die durch die Verwitterung so weit ruiniert sind, daß sie sich und die Nachbarschaft schädigen, nicht durch eine Flüssigkeit, die in sie eindringt, in ihrer Form erhalten und schützen kann. Eine solche Flüssigkeit gibt es übrigens nicht. Es ist also der Zustand, der sich herausbildet, wenn man die Vorschläge der Regierung, wie sie jetzt vorliegen, ausführen wollte, durchaus nicht ein anderer, als wie sich die Leute ihn denken, die vielleicht eine bis jetzt noch unbekannt Konstruktion im Auge haben. Allerdings der Unterschied war der, daß wir dabei beabsichtigen, die Steine, die dauernd zer-

stört sind, und die gleichzeitig eine Gefahr für die Nachbarschaft bilden, zu entfernen. Es wurde das Wort „Imponderabilien“ gebraucht. Das scheint mir allerdings das zu sein, was in dieser Angelegenheit eine große Rolle spielt.

Es sind Empfindungssachen, darüber kommt man nicht hinaus. Dann möchte ich darauf zurückkommen, — ich glaube, ich habe in der Budgetkommission gesagt, daß etwa $\frac{3}{4}$ der Steine erhalten werden können, und ich habe vorhin schon angeführt, daß $\frac{3}{4}$ dieser Steine Architektur- und ornamentale Formen tragen. Nun sagt man: Lassen wir doch die Sache vollends gehen, wie sie geht, und hinterher machen wir nach den Zeichnungen, die vorhanden sind, die Kopie von dem Ganzen. Man nennt, was wir machen wollten, eine Kopie und fordert gleichzeitig, daß man das Ganze zerfallen lasse und nach den Zeichnungen eine Kopie anfertige. Ich glaube, es dürfte bei keinem Künstler ein Zweifel darüber sein, daß es viel einfacher ist, drei Viertel der Steine in ihrer jetzigen Beschaffenheit zu erhalten, als aus einer Zeichnung heraus plastische Kunstwerke so darzustellen, wie sie waren. Mit den genauesten Zeichnungen ist es unmöglich imstande, eine genaue, meßbare Vorstellung von den räumlichen Wirkungen, die in dem plastischen Kunstwerk enthalten sind, wiederzugeben. Es ist schon schwer — wie mit Recht betont wurde —, nach einem vorhandenen Original zu kopieren, aber ungleich viel schwerer ist es, etwas nach Zeichnungen zu kopieren. Viele unserer modernen Bauten leiden darunter, daß sie nur gezeichnet und nicht plastisch gedacht sind, daß man es ihnen ansieht, wenn sie gebaut sind, es ist nichts, als eine in die Plastik überjete Zeichnung.

Man redet davon, jedes Mittel solle angewandt werden, um die Ruine zu erhalten, wie sie ist, nur das nicht, was die vorge schlagen, die endgültig die Sache beseitigen wollen durch die Wiederherstellung. Dann war die Rede davon, es sei eine Inkonsequenz, jetzt die Fassade zu ergänzen und auszubessern und mit einem Neubau zu versehen, ohne daß man über das Dach im Klaren sei. Das wäre richtig, wenn es sich um einen Neubau handelte. Es ist immer vorgekommen, daß Architekten den Grundriß machen und dabei nicht schon an das Dach denken. Aber hier sind wir gebunden bis zum letzten Stein, womöglich das jetzt Bestehende zu erhalten. An der Erscheinung des Baues bis zum Dachgipfel darf gar nichts geändert werden. Auf die Gestalt des Baues, wie er jetzt noch besteht, hat die Form des Daches, sie mag gewählt werden, wie sie will, nicht den mindesten Einfluß. Also ist dieser Vorwurf unter allen Umständen hinfällig und in nichts begründet. Wir haben in der letzten Zeit in der Zeitung gelesen von dem Landesgeologen, daß der Otto-Heinrichsbau infolge Zerstörungen im Untergrunde einstürzen könnte. Es ist immer dieselbe Erfahrung: die Leute stellen Behauptungen auf und nehmen an, die, die damit zu tun gehabt haben, waren unklug genug, die wichtigsten Voruntersuchungen zu unterlassen. So liegt die Sache nicht. Wir haben seinerzeit bei der Aufnahme des Schlosses den Herrn Professor Schmidt in Heidelberg als geologischen Sachverständigen zugezogen, und wir haben auf Grund der von ihm ausgeführten sachmännischen Untersuchungen die Ueberzeugung gewonnen, daß der Baugrund, auf dem der Otto-Heinrichsbau steht, tadellos ist. Die ganze Absicht, die bei dem Projekt, wie es jetzt vorliegt, besteht, geht eigentlich dahin, die Fassade in einen Zustand zu bringen, der es ermöglicht, durch kleine Mittel sie auf die Dauer zu erhalten. Es ist jedermann klar, daß alles, was besteht, in seinen Teilen langsam zerstört wird. Die Pyramide am Freiburger Münster wird immer wieder reparaturbedürftig sein, und man wird einzelne

Steine einsetzen, andere herausnehmen, an sich muß ein solcher konstruktiver Bestand die Festigkeit haben, daß dieses Herausnehmen möglich wird. Wenn man dieses Verfahren am Otto-Heinrichsbau versuchen wollte, so wäre es unmöglich.

Wir kommt es vor, als sei es viel richtiger, wenn man sagen wollte, wir sind der Meinung: der Otto-Heinrichsbau, so wie er ist, so gefällt er, und so soll er bleiben, und die Konsequenzen müssen wir eben tragen. Wenn er nun eines schönen Tages zerfällt, so ist das weiter nichts, als eine natürliche Folge des Gebenlassens. Alle die Versuche, neue Mittel zur Erhaltung zu entdecken, — ich will von der Konkurrenz absehen, die jedenfalls etwas ganz unmögliches ist —, leiden an dem Mißstand, daß durch sie die ganze Angelegenheit in einer Weise verschleppt wird, die dem Bau nur zum Nachteil gereicht. Auch die Erörterungen in der Presse haben die Sache nicht gefördert. Ich habe einen Zeitungsartikel gesehen, der überschrieben war: „Bautechniker und Maurermeister. Gegen die Wiederherstellung des Schlosses“; ein anderer trug die Aufschrift: „Baupraktiker, vor die Front“. Mit den Maurermeistern waren wir gemeint, und mit den Baupraktikern sind wir nicht gemeint. Das tut an sich gar nichts. Jedenfalls aber ist das nicht geeignet, die Sache zu klären. Diese Verheißung würde dazu führen, daß, wenn heute jemand mit der Sache sich beschäftigen wollte und unsere Untersuchungen zur Grundlage seiner Betrachtungen nähme, bei irgend einer Gelegenheit die Gegner kommen und ihm Befangenheit vorwerfen würden. Wollte aber, namentlich im Falle einer Konkurrenz, ein Architekt das vorhandene Material grundsätzlich unbeachtet lassen, so brauchte jeder einzelne Teilnehmer und derjenige, der das fertige Projekt beurteilen soll, nicht bloß Lage, sondern Jahre, um das Bauwerk zu beobachten, um auf den Stand desselben einen Schluß zu ziehen. Wie viele Jahre das ausmachen würde, muß ich der Fantasie des Hohen Hauses überlassen. Ich glaube, an den griechischen Kalendern wäre diese Sache noch nicht beendigt.

Geh. Rat Houffell: Es war zu Anfang nicht meine Absicht, das Wort zu der Heidelberger Schloßfrage zu erbiten, denn die Auffassung, die ich in der Kommission kundgegeben habe, hat der Herr Berichterstatter, Freiherr von Stögingen, in durchaus zutreffender Weise als die der Minderheit zum Ausdruck gebracht. Aber nach den eindrucksvollen, meiner Ansicht nach beweiskräftigen Darlegungen des Herrn Ministers, die überaus wohlthuend sich abgehoben haben von vielen, was man über die Heidelberger Schloßfrage zu lesen bekam, möchte ich doch meine ablehnende Stellung gegenüber der Budgetforderung mit einigen Worten begründen. Der Herr Minister hat richtig gesagt, wer gegen die Bedachung des Otto-Heinrichsbaues ist, kann dennoch für die jetzige Anforderung stimmen; aber ich meine, derjenige muß Bedenken haben, dafür zu stimmen, der die Bedachung für erforderlich hält, um die Fassadenmauer des Otto-Heinrichsbaues auf Generationen hinaus zu erhalten, denn das muß doch, wenn in namhaftem Umfang Staatsmittel angewendet werden sollen, die Absicht sein. Ich bin der Meinung, daß diese Bedachung notwendig ist, um die Fassadenmauer wieder zu dem zu machen, was sie war, als was sie erbaut worden ist, nämlich als Umfassungsmauer eines geschlossenen Gebäudes. Die Frage der Bedachung ist nun aber hinausgeschoben; sie zu lösen, glaube ich, wird der Großh. Regierung zurzeit wenigstens nicht gelingen. Der Widerstreit der Meinungen von Künstlern, Kunstschriftstellern, Laien und namentlich der Heidelberger Einwohner wird noch viel heftiger entbrennen, wenn es sich um die Bedachung des Schlosses handelt und die Großh. Regierung wird die Geldmittel dazu nicht erlangen.

Deshalb stimme ich gegen die Anforderung, was übrigens nicht viel bedeutet, denn die Anforderung darf ja nach der Bestimmung des andern Hohen Hauses schon als abgelehnt angesehen werden. Die Großh. Regierung wird, das hat der Herr Minister zugesagt, auch fernerhin für pflegliche Behandlung der Ruine bestmöglichst sorgen. Aber so wie die Dinge augenblicklich liegen, scheint mir die Ruine dem Thode geweiht. Wenn die Ruine eingestürzt ist und ein Schutthaufen da liegt, wird, glaube ich, niemand im Ernst daran denken, sie wieder aufzubauen, dafür wird niemand Geld hergeben. Neue Ruinen hat man gebaut im süßlichen Zeitalter der Schäferspiele; in unserem kraftvollen Jahrhundert tut man so etwas nicht. Indessen ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Ansichten und Auffassungen in diesen Dingen sich noch ändern können, vielleicht bevor es zu spät ist und daß es vielleicht doch noch gelingt, ausgiebig wirksame Maßregeln zu treffen, um die herrliche Fassade zu erhalten. Wir müssen der Großh. Regierung Dank sagen; sie war redlich und unverdrossen darum bemüht, in den Stand zu kommen, daß dieses Kleinod der Architektur erhalten werde. — Den Gedanken des Preisauschreibens weise ich ganz entschieden ab.

Freiherr von Güler: Auch ich hatte nicht die Absicht, heute noch ein Wort über diese Frage zu sagen, über die schon so viel gesprochen worden ist, aber die ganze Situation, die sich jetzt gegeben hat, veranlaßt mich dazu. Herr Oberbaurat Seitz hat vorhin den Laotoon und seine Reparatur erwähnt. Ich habe mir unwillkürlich die Frage vorgelegt, ob es Michel Angelo angenehm gewesen wäre, wenn er über die Frage, ob Laotoon erhalten werden soll, ein Parlament hätte hören müssen. Ich glaube, es wäre nicht außerordentlich förderlich für diese große künstlerische Leistung gewesen. So könnte man auch die Frage aufwerfen, ob es zunächst zweckmäßig war, die beiden Kammern des Landtags darüber zu hören. Aber da eine Forderung vorlag von 100 000 M., so war es ja erforderlich. Nun glaube ich aber doch, daß diese Verhandlungen im Landtag nicht ganz nutzlos und bedeutungslos waren, auch für die Großh. Regierung nicht. Die Großh. Regierung hat jetzt vor allem doch den Eindruck dabei gewonnen, wie das Herz des badischen Volkes am Heidelberger Otto-Heinrichsbau hängt, und zwar nicht bloß deshalb, weil es ein historischer Bau ist und weil dieser Bau durch architektonische Schönheit hervorrage, sondern auch namentlich, weil er in inniger Verbindung mit der Natur und mit den historischen Erinnerungen steht und umweht ist von einem poetischen Hauch, der die Begeisterung in uns anfacht. Es sind nach dieser Richtung tiefe und schöne Gedanken geäußert worden, und namentlich von unserem verehrten Herrn Kollegen, der als Künstler und Maler sprach. Vielleicht hat die Großh. Regierung da doch den Eindruck gewonnen, daß das Architektonische in dieser Frage — obgleich es sich um einen Bau handelt — nicht in allererster und alleiniger Weise zu behandeln ist, sondern daß das ganze Gesamtbild mehr in Betracht gezogen werden muß. Das scheint mir ferner aus der heutigen Verhandlung hervorgegangen zu sein, daß wir alle erkannt haben, es könnte der Moment eintreten, vielleicht ist er schon eingetreten, daß man Hand anlegen muß, um den Bau abzutragen und frisch aufzubauen. Es fragt sich nun, wann das geschehen soll. Ist es geboten, bereits jetzt Hand anzulegen, den Bau abzutragen oder kann es noch einige Jahre verschoben werden, um vielleicht noch etwas mehr Material zu gewinnen, ob er nicht erhalten werden kann? Das leuchtet mir außerordentlich ein, daß wenn man

jetzt den Umbau, diese Restauration in die Hand nehmen würde, dies eine immense Erleichterung für den betreffenden Architekten wäre, weil er in dem gleichen Stil, in der ganz gleichen Haltung, dann weiter zu bauen vermag, was nach Zeichnungen nicht so gut möglich ist, und weil man auch noch unter dem richtigen Eindruck steht, wie es jetzt ist. Es ist wohl der schönste Moment, in dem man den Otto-Heinrichsbau jetzt erlebt hat und erlebt, wie er jetzt dasteht. Wenn er noch einmal weiter zusammenfällt, geht der Eindruck zurück. Früher war eine so große reizvolle Verbindung mit der Natur und Architektur noch nicht vorhanden, wie sie jetzt gegenwärtig ist. Nun stehe ich, wie auch der Herr Vorredner, vollständig unter dem Eindruck der Ausführungen, welche vom Regierungstisch aus erfolgt sind. Aber ich glaube doch, daß der Antrag der Kommission der Ersten Kammer, so wie er gefaßt ist, für die Großh. Regierung recht annehmbar ist. Wir weisen die Resolution der Zweiten Kammer entschieden zurück. Wir wollen nicht, daß ein derartiges Preisauschreiben erfolgt, wir halten diesen Weg durchaus für vergeblich. Es wird ganz gewiß richtiger sein, wenn die Regierung die betreffenden Sachverständigen selbst ausucht, als wenn ein Preisauschreiben erfolgt, das meist von unbrauchbaren Gedanken geleitet wird. Ich glaube, insofern wird der Antrag der Kommission für die Großh. Regierung durchaus akzeptabel sein. Die Hohe Zweite Kammer hat die Position verworfen, wenn wir sie annehmen, was dann? Soll die Frage an das andere Hohe Haus zurückgehen? Soll man versuchen, erst eine Verständigung zwischen beiden Höhen Häusern herbeizuführen? Es scheint mir wirklich nicht angemessen zu sein, den Weg zu beschreiten. Ich glaube, die Großh. Regierung kann die zwei Jahre, die ihr gegeben sind, recht gut ausnützen zu weiteren Studien, wie die Sache anzufassen sein wird, und zur Erwägung, ob manche Gedanken, die ausgesprochen worden sind, nicht für sie akzeptabel sind. Ich werde für den Kommissionsantrag stimmen.

Frhr. von Böklin: Die heutige Diskussion könnte man überschreiben mit: de gustibus non est disputandum. Es ist eine reine Geschmacksfrage, um die es sich hier handelt. In gewissem Grade aber auch eine Stimmungsfrage. Ich erinnere daran, wie wir an dem schönen Sommernachmittag im Hofe des Heidelberger Schlosses standen und zur ehrwürdigen Ruine hinaufblickten, der blaue Himmel schaute durch die öden Fenster, ein Bild, sagten wir, so schön, daß wir uns glücklich schätzen wollen, wenn es uns in seiner reinen poetischen Schönheit nur noch wenige Jahre erhalten bleibt, dann mag die Fassade zerfallen und après nous le déluge.

Aber nach den heutigen nüchternen Erwägungen der Frage, ob Sein oder Nichtsein der Ruine, besonders nach den Ausführungen, die vom Regierungstisch her erfolgt sind, muß ich bekennen: ich bin, das Wort ist schon einmal gefallen, von einem Saulus zum Paulus geworden. Mein Wunsch geht dahin, wir wollen ein Stückchen von dieser Poesie opfern und dafür uns und unsern Nachkommen erhalten, soviel wir können, ich werde insofern dessen für die Regierungsforderung stimmen, und gebe der Hoffnung Raum, daß in der nächsten Budgetperiode sich die Frage geklärt haben wird. Wir haben gesehen, welche Wandlung die Ansichten schon erlebt haben, vielleicht wird sich dann auch eine Lösung finden, die uns alle befriedigt.

Graf von Helmstatt: Ich ergreife das Wort, um in kurzen Worten meine negative Abstimmung zu motivieren. Ich hatte gedacht, daß aus dem Hohen Hause nach dem Verlauf der Ansichten, die zutage ge-

treten sind event. noch ein Gefinnungsgenosse sich einfinden würde. Ich gebe diese Hoffnung aber nunmehr auf. Ich muß offen gestehen, daß ich mich dem, was der Herr Vorredner bezügl. des Eindrucks gesagt hat, den der Besuch der Burgruine in Begleitung von Sachverständigen gemacht hat, nicht anschließen kann. Ich hatte das Gefühl, daß die Behauptung der Sachverständigen über Möglichkeit des Eintritts einer Katastrophe in absehbarer Zeit oder sogar baldigst durchaus nicht unzutreffend, vielmehr außerordentlich glaubwürdig erscheint. Wenn man den Otto-Heinrichsbau betrachtet und sieht die Spalten, die Risse, die nicht nur den Fugen folgen, sondern durch Quader hindurch in den Schlusssteinen, den Fenstern, Gesimsen und den Zugsteinen hindurchgehen, so muß ich offen gestehen, daß einem das Gefühl der Bangigkeit etwas beschleicht, es werde einmal zu ungeeigneter Zeit bei reichlichem Besuch der Umgebung eine sehr bedauerliche Katastrophe eintreten; dieses Gefühl hatte ich damals. Ich verstehe sehr gut den Standpunkt des Historikers, Aesthetikers. Ich begreife das sehr wohl, wenn man längere Zeit unter dem Zauber dieses prachtvollen Baues gestanden hat, daß man sich nicht entschließen kann, eine Aenderung vorzunehmen. Auf der anderen Seite darf man aber nicht vergessen, daß dieser Zustand, in dem der Otto-Heinrichsbau sich befindet, für die Umgebung geradezu gefährlich ist und daß der etwa mögliche Zusammensturz mit großer Gefahr für die Besucher des Schlosses verbunden ist. Seit dieser Zeit, seit dem Besuch des Heidelberger Schlosses, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren und der Ueberzeugung nicht verschließen, daß ein baldiger Eingriff notwendig ist. Was wir jetzt beschloffen haben, schiebt die Sache wieder sehr weit hinaus und was soll die Großh. Regierung anfangen mit all den verschiedenen Ausdrücken des Vertrauens auf die Sicherheit, auf die Möglichkeit der Erhaltung des Otto-Heinrichsbau's, damit setzt man noch keinen Stein auf den anderen. Die 100000 M. sind gestrichen. Wir weisen die Regierung hin auf das Gebiet der Administrativkredite, die im ganzen Landtag bekämpft worden sind. Meiner Ansicht nach wäre es wünschenswert gewesen, ev. mit einer geringeren Summe der Großh. Regierung helfend unter die Arme zu greifen. Ich muß aber offen gestehen, ein Antrag meinerseits hat gar keine Aussicht auf Erfolg; selbst wenn ich in diesem Hause einigen Anhang finde, so wird in der hohen Zweiten Kammer namentlich bei der vorgelassenen Session nichts zu erreichen sein. Ich fühle mich aber verpflichtet, mein Ablehnungsvotum zu motivieren.

Stadtrat **Boeckh**: Glauben Sie ja nicht, daß ich die Frage des Heidelberger Schlosses in so vorgelassener Stunde noch ausführlich erörtern und mich auch überall das, was in dieser Sache innerhalb und außerhalb der zur geschäftlichen Behandlung der Angelegenheit berufenen Behörden gesprochen worden ist, äußern werde.

Die öffentliche Erörterung der Angelegenheit hat schon manchen schätzenswerten Beitrag zur Lösung des vorliegenden Problems gezeitigt; aber doch befinden sich unter diesen öffentlichen Äußerungen jetzt schon manche, welche nichts weniger erkennen lassen, als wirkliche Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung, und wenn man das von dem anderen Hohen Hause gewünschte Preisanschreiben erlassen würde, so würde sich wohl die Zahl dieser nicht zu beachtenden Äußerungen erheblich vermehren.

Die geschäftliche Behandlung dieser Angelegenheit aber, insbesondere auch die heutigen Verhandlungen in diesem Hohen Hause haben die sich gegenüberstehenden Ansichten, so klar dargelegt, daß ich mich darauf beschränken kann

festzustellen, welche Ansicht ich mir aus dem ganzen zur Beurteilung vorliegenden Material gebildet habe. Meine Ansicht deckt sich mit der Ansicht der Großh. Regierung: ich bin der Meinung, daß man, wenn man überhaupt es tun will — und man muß etwas tun —, nichts anderes tun kann, als was die Großh. Regierung vorgeschlagen hat.

Nun stehen wir aber nicht nur vor der Beantwortung der Frage, was wir in dieser Sache für das Richtige halten, sondern wir haben auch mit bestimmten anderen Tatsachen zu rechnen; insbesondere mit der Tatsache, daß die Hohe Zweite Kammer die Position, die die Großh. Regierung in den Voranschlag eingestellt hat, zurückgewiesen hat und daß wir nicht einfach den Posten wieder einstellen können; es müßte ja die Position wieder an die Zweite Kammer zurückgehen und nach dem Mehrheitsverhältnis, wie es sich dort gezeigt hat, ist anzunehmen, daß das zwecklos wäre. Nun würde ich mich mit dem Gedanken abfinden können, mit einer Vertagung auf ein Jahr. Wenn man, um ängstliche Gemüter zu beruhigen, die Sache sich noch ein Jahr lang überlegen will, so würde ich hierin keine Gefahr erblicken.

Aber unsere Kommission hat den Antrag auf Strich der Position doch in einer Weise motiviert, die Widerspruch herausfordert und die mir die Zustimmung zu dem Antrag unmöglich macht. Es ist uns mitgeteilt worden, daß die Mehrheit der Kommission aus grundsätzlichen Erwägungen die Position gestrichen hat, nämlich deshalb, weil sie den Weg, den die Regierung vorgeschlagen hat, überhaupt für gänzlich unzulässig hält. Das widerspricht durchaus meiner Ansicht von der Sache und ich könnte deshalb diesem Antrag nicht zustimmen; ich würde meine Zustimmung abhängig machen müssen davon, daß seitens der Kommission eine Erklärung dahin abgegeben würde, daß sie ihren Antrag nicht so verstanden wissen will und daß es ihr Wunsch ist, daß diese Angelegenheit nicht liegen bleibt, sondern in einer dem Ermeßen der Großh. Regierung anheim zu gebenden Weise weiter betrieben wird. Ich möchte bitten, daß eine solche Erklärung abgegeben wird.

Freiherr von **la Roche**: Als Heidelberger brauche ich wohl meine prinzipielle Stellung in dieser Sache nicht weiter zu betonen. Es ist selbstverständlich, daß ich wie dort alle Kreise, auch auf dem Standpunkt stehe, daß das Schloß in erster Reihe erhalten werden soll und ich mich deshalb dem Kommissionsantrag anschließen werde. Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es nicht, um etwas so Selbstverständliches auszusprechen, ich wollte vielmehr nur an die Großh. Regierung eine Bitte richten. Es wird ja wohl eine Kommission gebildet, welche die Sache weiter prüfen soll, wenn auch eine bestimmte Marschroute, wie sie nach dem Antrag der Zweiten Kammer der Regierung vorgeschrieben werden sollte, hier nicht akzeptiert wird. Denn in irgend welcher Form müssen die Sachverständigen weiter gehört werden, um alle einzelnen Fragen zu prüfen und zu beantworten. Nun besteht in weiten Kreisen die Ansicht, daß bis jetzt im allgemeinen nur Sachverständige einer bestimmten Richtung gehört worden wären. Es ist das vielleicht nicht ganz richtig, aber immerhin ist Tatsache, daß dies eine weitverbreitete Anschauung ist. Ich glaube, daß es im Interesse der Großh. Regierung selbst liegt, dieses Mißtrauen zu beheben durch Beizug solcher Kräfte, welche ebenso bestimmt auf der anderen Seite stehen, wie bisher zugezogene Sachverständige auf der einen Seite. Es ist auch eine bekannte Tatsache, daß man in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Gegnern am allerbesten fertig wird, wenn man dieselben zu aktiver Tätigkeit

feit heranzieht, daß das gemeinschaftliche Arbeiten fördernd wirkt und schließlich ein Resultat zu zeitigen vermag, welches allgemein befriedigt. Das ist der Wunsch, den ich zum Ausdruck bringen wollte.

Finanzminister Dr. Becker: Es ist heute wiederholt betont worden, daß man es in der Erörterung der Heidelberger Schloßfrage vielfach mit Stimmungs- und Gefühlsäußerungen zu tun hat. Etwas davon habe auch ich in den Worten des Herrn Vorredners wieder zu entdecken geglaubt, indem er der Ansicht Ausdruck gegeben hat, die in Heidelberg und in weiten Kreisen verbreitet sei, daß in der Heidelberger Schloßfrage bis jetzt nur solche Sachverständige gehört worden seien, die auf dem Standpunkt der Großh. Regierung stünden. Es ist außerordentlich schwer, gegen Stimmungen anzukämpfen und ich habe auch nicht gehofft, daß ich gegen diese Stimmung mit Erfolg ankämpfen kann. Begründen kann man derartige gegen die Regierung erhobene Vorwürfe nicht und wenn man die Protokolle vom Jahr 1901 verfolgt, wird man nichts finden, was im entferntesten für eine derartige Meinungsäußerung spricht. Wer weiß, wie schwer es ist, eine Gruppe von 8 bis 10 hervorragenden Sachverständigen aus ganz Deutschland zusammen zu bringen, der weiß auch, daß es von vornherein fast unmöglich ist, Leute einer gewissen Kunst — oder technischen Richtung zu vereinigen. Das war im Jahr 1901 und im Jahr 1902 ebenfalls um so weniger möglich, als damals die Heidelberger Schloßfrage überhaupt noch nicht die aktuelle Bedeutung erlangt hatte, die sie durch spätere Erörterungen bekommen hat und was namentlich die Kommission vom Jahr 1902 betrifft, die eigentliche technische Kommission, der die Entscheidung der Frage vorgelegt worden ist, ob der Bau aus technischen Gründen und mit technischen Mitteln so zu erhalten ist, wie er jetzt da steht, so hat die Bildung dieser Kommission große Schwierigkeiten geboten. Wir haben von den verschiedensten Seiten Ablehnungen bekommen, wie das immer so geht, wenn man solche Kommissionen berufen will und schließlich haben wir aus Stuttgart, Berlin, Freiburg und Zürich, mit anderen Worten, aus den verschiedensten Teilen Deutschlands und aus der Schweiz hervorragende praktisch und theoretisch erfahrene Architekten zusammengebracht, Leute, die zur Heidelberger Schloßfrage bisher überhaupt noch keine Stellung genommen hatten, die den Zustand des Schloßes noch nicht aus eigener längerer Beobachtung her kannten; diese haben damals ihr Votum abgegeben. Daß das Votum so ausgefallen ist, wie man es in Heidelberg nicht gern gehört hat, dafür kann die Großh. Regierung nichts. Nachdem man aber dieses Votum vor zwei Jahren als nicht ganz unparteiisch angefochten hatte, hat die Großh. Regierung sich entschlossen, noch einmal technische Erhebungen machen zu lassen und um jeglichen Vorwürfen zu begegnen, daß auch hier wieder die Großh. Regierung in ihrer Wahl der Sachverständigen tendenziös verfahren sei, habe ich die Angelegenheit ganz in die Hände des Stadtrats Heidelberg gelegt, der der Restaurierungsfreundlichkeit in keiner Weise verdächtig ist. Der Stadtrat in Heidelberg hat sich mit dem Modus, der eingeschlagen wurde, einverstanden erklärt, zunächst mit dem Modus, daß nicht wieder eine Kommission arbeiten soll. Ich bin im allgemeinen nicht für die Kommissionsarbeiten eingenommen, sondern bin der Meinung, daß in Fragen von großer Wichtigkeit und großer Verantwortlichkeit man lieber sich an eine einzelne bedeutende Persönlichkeit wenden soll, die mit ihrer ganzen Person und Verantwortlichkeit für das eintreten muß, was sie sagen und deshalb habe ich dem Stadtrat in Heidelberg vorgeschlagen, man möge einen Architekten und Ingenieur aufstellen, von denen

jeder vom Standpunkt seiner Wissenschaft aus die Frage der ferneren Behandlung des Otto-Heinrichsbaues beantworten solle, wobei jeder für sich zu arbeiten habe. Damit war der Stadtrat in Heidelberg einverstanden und die Wahl der Persönlichkeiten habe ich ihm überlassen. Ich für meine Person war der Meinung, man solle Personen aus Baden aufstellen, der Stadtrat Heidelberg hat aber gewünscht, man möge möglichst fernstehende Personen wählen, damit man möglichst unparteiisch verfare und namentlich der Ueberzeugung sein könne, daß die Betreffenden von keiner Seite aus beeinflusst werden. So ist die Wahl von Wallot und Cramer zu stande gekommen. Keiner hat aber von der Aufstellung des Anderen etwas gewußt. Jeder hat für sich Tage lang seine Studien am Bau selber gemacht und dann sein Gutachten erstattet. Wie man unparteiischer, objektiver verfahren kann, daß weiß ich nicht. Daß ihr Gutachten schließlich im Effekt und in der Art der Begründung auf dasselbe hinausging, wie das im Jahr 1902 erstattete, spricht urr dafür, daß jeder Verdacht, daß etwa die Kommission von 1902 sich durch die Großh. Regierung habe bestimmen lassen, ein ihr gefälliges Gutachten abzugeben, hinfällig ist. Welche weiteren Erhebungen nunmehr noch zu machen sind, muß ich dahin gestellt sein lassen. Wenn ich aber Erhebungen mache, so kann ich nach der jetzigen Lage der Sache mich doch wohl an keine anderen Leute wenden als an solche, die in der Denkmalpflege große praktische Erfahrungen haben. Ich denke in dieser Beziehung an Leute, die vielleicht in Nachbarstaaten ähnliche Aufgaben zu erfüllen haben, wie unsere Beamten in Heidelberg, die mit der Fürsorge für die Instandhaltung des Schloßes in Heidelberg betraut sind. Daß ich mich nicht an Leute wende, die von vornherein, ehe sie das Objekt kennen, schon behaupten, sie wüßten genau, man könne ohne große Schwierigkeiten den Otto-Heinrichsbau in seinem jetzigen Zustand erhalten, das werden die Herren wohl begreiflich finden. Ich weiß auch nicht, ob es eine derartige Persönlichkeit gibt. Man wendet sich auch nicht an einen Arzt, der ohne den Patienten gesehen oder untersucht zu haben versichert, daß er unzweifelhaft und mit Sicherheit wiederhergestellt werde. Ein vorsichtiger und gewissenhafter Mann wird eine derartige Erklärung überhaupt nicht abgeben. Aber das kann ich die Herren versichern, daß bei der Auswahl der etwa noch zu hörenden Sachverständigen die strengste Objektivität und Unparteilichkeit gewahrt wird. Die Situation ist, wenn das hohe Haus sich den Beschlüssen Ihrer Kommission anschließt, jetzt dahin geklärt, daß die Erhaltung des Otto-Heinrichsbaues als Ruine das zu erstrebende Ziel bilden soll, woraus sich als unabweißbare Folge ergibt, daß der Bau mit der Zeit dem Untergang anheimfallen muß. Ich kann deshalb dir jetzt kommenden Sachverständigen nicht mehr fragen, was muß geschehen, um den Otto-Heinrichsbau in seinem jetzigen Zustand dauernd zu erhalten, sondern ich muß die Herren fragen, sind die Erhaltungsmittel, die wir jetzt mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit angewendet haben, unvollständig und könnt ihr noch weitere Mittel angeben, die in besserer Weise die Erhaltung des Otto-Heinrichsbaues als Ruine gewährleisten, als dies bei der Anwendung der bisherigen Mittel der Fall war. Die Frage, ob die Mittel ausreichen oder nicht, den Otto-Heinrichsbau auf Generationen d. h. dauernd zu erhalten, scheidet meines Erachtens bis auf weiteres für die Großh. Regierung aus dem Kreis ihrer Erhebungen aus.

Stadtrat Boeckh: Ich möchte nun nach der Erklärung des Herrn Ministers meine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß sie mir eine Zustimmung zu dem Strich

der Position wesentlich erleichtert wird; denn ich habe von derselben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sache trotz des Abstrichs der Position nicht liegen bleiben, sondern von der Regierung in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit weiter betrieben werden wird.

Geheimerat Dr. Bindelband: Ich möchte nur noch wenige Worte hinzufügen. Ich habe dazu insofern freilich keine Veranlassung, als ich nicht finde, daß die Gedanken, die ich heute vorgetragen habe, eine wesentliche Widerlegung gefunden haben. Ich möchte nur gegenüber dem, was der Herr Minister über die künftige Behandlung ausgeführt hat, aussprechen, daß ich persönlich vollständiges Vertrauen in den Erfolg dieses Vorgehens habe. Um eines bitte ich: Um möglichst geringe Einschränkung der Fragen, welche an die Sachverständigen zu stellen sind. Die Antworten der bisherigen Sachverständigen sind instruiert gewesen durch die Fragestellung. Jeder, der Probleme löst, weiß, daß die Hälfte oder drei Viertel der Lösung in der Fragestellung besteht. Wenn man z. B. das Wallotsche Gutachten ansieht, sind in ihm genau die Grenzen der Verantwortung gezogen durch eine bestimmte Fragestellung. Deshalb möchte ich wiederholen, was ich am Schlusse meiner Bemerkungen heute früh ausgesprochen habe, wie in der Auswahl derjenigen Persönlichkeiten, an die man sich wendet, sollte auch in der Auswahl der Fragen keine Beschränkung eintreten, sondern vielmehr im wesentlichen nur der Wunsch ausgesprochen werden, jedes mögliche Mittel anzugeben zur Erhaltung der Schloßruine.

Herr von Stökingen: Nachdem soviel ausgezeichnete Sachverständige in künstlerischer und bautechnischer Hinsicht über die Frage gesprochen haben, wäre es vielleicht angezeigt für mich, auf das Schlüsselwort zu verzichten. Ich glaube aber doch, nach einigen Seiten hin noch in aller Kürze den Standpunkt der Kommission wahren zu müssen. Die Schlusführung des Herrn Ministers hat die Ansicht der Kommission durchaus richtig wiedergegeben. Auch die Auffassung der Kommission ist, daß die Frage, ob der Otto-Heinrichsbau auf mehrere Generationen erhalten werden kann, heute aus der Diskussion ausscheidet; was für Beseitigung einer etwaigen unmittelbaren Gefahr aber jetzt notwendig ist, zu veranlassen, will die Kommission vertrauensvoll in die Hände der Großh. Regierung legen. Der sehr verehrte Herr Stadtrat Boedch hat Bedenken bezüglich der Motivierung des Kommissionsantrages gehabt. Wir wissen uns mit der Großh. Regierung in dem Bestreben einig, der Otto-Heinrichsbau soll erhalten bleiben. Die Differenz zwischen der Kommission und der Großh. Regierung besteht über die Mittel, mit welcher dieser Zweck erreicht werden soll. Die Großh. Regierung ist der Ansicht, daß das Mittel zur Erhaltung die Rekonstruktion ist, die Kommission aber glaubt, daß zu diesem letzten Mittel noch nicht gegriffen werden muß, und noch nicht gegriffen werden kann. Die Vorfragen sind noch nicht gelöst bezüglich der ästhetischen Vertretbarkeit und der technischen Notwendigkeit der vorgeschlagenen Mittel. Aus dieser Erwägung gelangt die Kommission zum Antrag auf Ablehnung.

Herr Graf von Helmstatt hat die Ansicht vertreten, der Ausdruck des Vertrauens gegenüber der Großh. Regierung hätte lediglich platonischen Wert; im vorliegenden Fall, aber hat Vertrauen konkreten Wert wenn wir sagen, wir haben Vertrauen zu der Großh. Regierung, daß sie das Erforderliche veranlassen wird. Es bedeutet dies nach meiner persönlichen Auffassung und derjenigen einer Anzahl Mitglieder dieses Hohen Hauses die vorläufige Genehmigung eines Administrativkredits, um

das zu diesem Zweck Erforderliche zu veranlassen. Hier dürfte geradezu ein Schulfall für Genehmigung eines Administrativkredits vorliegen; heute kann nicht gesagt werden, ob die Gefahr unmittelbar oder latent ist. Sobald durch die Baupolizei der Zustand der Ruine als unmittelbar bedenklich erklärt würde, würde das ganze Hohe Haus wohl einig sein, der Regierung die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Wenn also bis zu der Zeit, in welcher der Landtag wieder zusammentritt, die Gefahr eine größere würde, sich aus der latenten in eine unmittelbare verwandeln würde, würde gewiß, so weit ich die Ansicht in diesem Hohen Hause kenne, die Bestreitung der notwendigen Aufwendungen im Wege des Administrativkredits volle Genehmigung finden. Ich kann, da diese Frage nicht Gegenstand der Beratung in der Budgetkommission war, dies nur als persönliche Meinung nach Rücksprache allerdings mit einer Anzahl Mitglieder dieses Hohen Hauses aussprechen. — Vom Standpunkt der Kommission aus ließen sich gegenüber verschiedenen Ausführungen auch vom Regierungstisch Einwendungen erheben. So war ein Argument der Großh. Regierung gegen die Vollendung des Kölner Doms, des Ulmer Münsters sei kein Widerspruch erhoben worden. In jenen Fällen aber handelte es sich um den Ausbau nicht vollendeter Bauten, im vorliegenden Falle um den Wiederaufbau oder Erhaltung einer Ruine, das sind zwei so verschiedene Aufgaben, daß ein Vergleich ausgeschlossen ist. Bei der vorgeschrittenen Zeit verzichte ich auf weitere Ausführungen und möchte nur nochmals das Hohe Haus bitten, in dem vorgetragenen Sinne den Kommissionsantrag anzunehmen.

Der Kommissionsantrag — Streichung der Anforderung von 100 000 M. unter Titel IV § 18 des Nachtragsbudgets des Finanzministeriums — wird hierauf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Freiherr von Stökingen: Ich muß bemerken, daß der Antrag sich jetzt dahin verändert, daß die 100 000 M. für das Heidelberger Schloß und die 11500 M. für Erstellung neuer Dienstgebäude ausscheiden, so daß der Antrag lediglich dahin geht, aus dem Grundstock die Mittel für die vorgesehenen Aufwendungen von im ganzen 68500 M. zu genehmigen.

II. Vizepräsident Geh. Rat Dr. Bürklin: Diese nach den vorangegangenen Beschlüssen selbstverständliche Korrektur der angeführten Ziffern wird wohl von dem Hohen Hause nicht beanstandet werden. Ich nehme an, daß der eben vorgetragene Antrag der Budgetkommission genehmigt ist. Es erhebt sich kein Widerspruch, der Antrag der Budgetkommission, die verminderte Summe einzusetzen, ist angenommen. —

Ueber Titel V, VII, XI und XIII der Ausgaben und Titel IV der Einnahmen des Nachtragsbudgets des Ministeriums der Finanzen für die Jahre 1906 und 1907 erstattet Bericht

Geh. Kommerzienrat Koelle: Von den hochwichtigen Angelegenheiten, die soeben beraten wurden, muß ich Sie zu meinem Bedauern wieder zu kleineren Dingen zurückführen. Ich habe dabei wenigstens die eine Genugtuung, daß der erste Nachtrag, über den ich zu sprechen habe, insoweit erfrischend wirkt, als es sich hier um die Erweiterung einer Badeanstalt handelt. Unter Titel V, Salinenverwaltung, außerordentlicher Etat § 8 sind für Erweiterung der staatlichen Solbabanstalten in Dürreheim 18 835 M. angefordert. Die Anforderung wird damit begründet, daß die Frequenz der staatlichen Sol-

badanstalten in Dürheim in der letzten Zeit außerordentlich gestiegen ist, so daß im letzten Jahre bis zum 15. Oktober bereits 4624 Bäder mehr abgegeben waren, als im vorhergehenden Jahr. Dieser beträchtlichen Anforderung konnte nur durch äußerste Ausnutzung der täglichen Badezeit zur Not genügt werden. Es ist aber ausgeschlossen, den stets wachsenden Zubrang in Zukunft mit den jetzt vorhandenen Badezellen zu bewältigen. Es ist daher erforderlich, daß die Badanstalt durch weitere 14 Badezellen erweitert werde. Hierzu ist die im Voranschlag spezifizierte Summe von 18 835 M. angefordert. Es ist kein Zweifel, daß die Steigerung der Frequenz der Solbadanstalten zu begrüßen ist und die Kommission hat daher gegen die Anforderung nichts einzuwenden.

Unter Titel VII, Zollverwaltung, A. Ordentlicher Etat § 7 werden für zwei Kassenzulagen zusammen 170 M. angefordert, wogegen eine Kassenzulage von 60 M. wegfällt. Wegen der Geringfügigkeit der Anforderung ist eine Position ins Budget nicht eingestellt. Dasselbe ist der Fall mit zwei anderen kleinen Positionen, betreffend eine Dienstwohnung für einen Zolleinnehmer und dem sonstigen persönlichen Aufwand. Auch gegen diese Positionen hat die Kommission nichts einzuwenden. Es ist hier nicht abzustimmen, weil nichts angefordert ist.

Unter B. Außerordentlicher Etat, sind 3 Positionen angefordert:

3000 M. als Beitrag zu den Kosten der Wasserversorgungsanlage in Neuhaus, 36 463 M. für Wiederherstellung des abgebrannten Teils des Lagerhauses am Neckarhafen in Mannheim und 5700 M. für Erweiterung der Diensträume des Nebenzollamts am Kreuzlingertor in Konstanz, zusammen 43 163 M. Der Ausgabe wegen Wiederherstellung des abgebrannten Teils des Lagerhauses in Mannheim steht als Entschädigung von der Versicherungs-gesellschaft eine an die Zollkasse zu erzielende Einnahme von 24 116 M. gegenüber. Die Kommission beantragt Genehmigung der Ausgabenposition.

Unter Titel XI, Ruhegehälter, Hinterbliebenerversorgung und Gnabengaben, ist eine Anforderung von jährlich 15 000 M., also 30 000 M. für die Budgetperiode eingestellt.

Dieselbe wird damit begründet, daß die in den letzten 10 Jahren eingetretene erhebliche Vermehrung der etatmäßigen Stellen naturgemäß auch eine Vermehrung der unterstützungsbedürftigen Hinterbliebenen zur Folge hat. Außerdem ist in manchen Fällen nicht zu umgehen, daß früher bewilligte Gnabengaben in Anbetracht der wachsenden Verteuerung der Lebenshaltung erhöht werden müssen. Insbesondere für Witwen solcher Beamten, die vor dem Inkrafttreten des Beamtengesetzes zur Ruhe gesetzt worden oder gestorben sind.

Eine Einwendung gegen die Anforderung ist nicht zu erheben.

Unter Titel XIII, Unterstützungs- und Belohnungsfond, ist eine zusätzliche Erhöhung zur Bewilligung von außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte jeder Art von 325 M. also, 650 M. für die Budgetperiode vorgesehen.

Die Position ist lediglich rechnerische Folge früherer Bewilligungen und ist dazu nichts zu bemerken.

Schließlich ist in Einnahme Titel IV, Zollverwaltung, B. Außerordentlicher Etat, die bereits erwähnte Summe von 24 116 M. als Entschädigung für den abgebrannten Teil des Lagerhauses am Neckarhafen in Mannheim in Einnahme vorgesehen. Auch gegen diese Position hat die Kommission nichts einzuwenden.

Die jeweils aufgerufenen Positionen werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Ziff. 3 der Tagesordnung — Nachtrag zum Spezialbudget des Eisenbahnbaues für die Jahre 1906 und 1907 — erstattet namens der Budgetkommission Bericht

Seheimerat **Honfeli**: Zu dem Nachtrag ist ein schriftlicher Bericht erstattet und der Abdruck davon befindet sich in den Händen der Mitglieder des Hohen Hauses. Aus der Zusammenstellung des Berichtes geht hervor, daß der Nachtrag verlangt einen reinen Ausgabebetrag im ganzen von 8 1/2 Mill., dazu kommen die 30,6 Mill., die angefordert waren im Budget, endlich die aus früheren Etatperioden aufrechterhaltenen Kreditreste, so daß der Budgetsatz für den Eisenbahnbau in diesem Jahr 78,5 Mill. beträgt; er hat sich damit dem früheren Budgetsatz ziemlich genähert. Die Ausführungen in dem gedruckten Berichte konnten sehr kurz gehalten werden, weil zu den Budgetsätzen in dem Beihäft so eingehende und klare Erläuterungen zu den einzelnen Positionen gegeben sind, daß Ihr Berichterstatter nur sehr wenig hinzuzufügen hat. Dies gilt insbesondere auch von dem größten Posten im Nachtrag für den Kauf der Maxau-Bahn. Die Darstellung in dem Beihäft zeigt, wie s. Zt. in dem Anfang der 60er Jahre die Stadt Karlsruhe den Mut gehabt hat, diese Bahn zu bauen, während man allseits, namentlich auch in den Kreisen der Landstände der Ansicht war, daß das ein unrentables Unternehmen darstelle. Die Stadt hat ihren Mut nicht zu bereuen gehabt; sie hat eine ganze Reihe von Jahren eine schöne Rente von diesem Unternehmen gezogen. Es traten dann aber Änderungen ein, die für die Stadt nachteilig waren. Zuerst durch die Erbauung des Westbahnhofes in Verbindung mit dem Rheinhafen, und neuerdings durch die Verlegung des Personenbahnhofes wurden die Verhältnisse derart gestaltet, daß der Ankauf der Bahn durch den Staat geradezu zur Notwendigkeit geworden ist, denn die Bahn muß von dem Hauptbahnhof bis nach dem Bahnhof von Mühlburg überhaupt eingehen. Die Stadt selbst hat auch bei den Erörterungen über die Verlegung des Personenbahnhofes den Ankauf der Maxaubahn durch den Staat gewissermaßen als eine Bedingung ihrer Zustimmung zu der Lösung der Bahnhoffrage bezeichnet. Die Kaufsumme selbst ist durch Vereinbarung festgelegt, immerhin auf der Grundlage der im Jahre 1860 erteilten Konzession.

Ein großer Posten ist auch verlangt, und zwar als erste Teilforderung für die Verlegung der Hölentalbahn bei Freiburg. Diese Bahnverlegung war schon 1898/99 in Betracht gezogen, damals in Verbindung mit der Herstellung eines Frei-Verladebahnhofes östlich der Hauptbahn. Man ist damals von diesem Verladebahnhof wieder abgekommen, und so wurde auch die Verlegung der Hölentalbahn vertagt. Inzwischen haben weitere Erörterungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Stadt stattgefunden und man hat sich über das Projekt geeinigt. Die Ausführung soll jetzt 2 680 000 M. kosten, während die Verlegung früher nur auf 1 040 000 M. veranschlagt war. Es scheint, daß man erheblich weiter gegangen ist mit der Umgehung; es soll die Bahn jetzt an zwei Stellen durch Tunnel geführt werden. Mit einer Frage hat man sich in Ihrer Budgetkommission beschäftigt. Es ist nämlich in der Erläuterung gesagt, daß die Stadtgemeinde Freiburg, die in dieser Verlegung ganz wesentlich beteiligt sei, das Gelände zu der neuen Bahn stellen soll, daß ihr aber dafür das Gelände der jetzigen Bahn kostenlos überlassen werde. Also ein Tausch, und da ist in Ihrer Budgetkommission der Gedanke aufgetaucht, ob man in diesem Tauschgeschäft eine Beitragsleistung der Stadt Freiburg entsprechend deren besonderem Interesse an dem Unternehmen erkennen könne. Man darf das wohl bezweifeln, denn man wird

annehmen dürfen, das Gelände der jetzigen Bahn, das dem Centrum der Stadt näher liegt, muß doch wohl wertvoller sein, als das Gelände für die im weiten Bogen die Stadt umfahrende Bahn. Es ist dabei ja ein Bahnhof, der Viehrehbahnhofs, mit inbegriffen; auch macht die neue Bahn, wo sie durch den Berg geht, ja keine Geländeerwerbung notwendig. Indes müßte man sich sagen, die Großh. Regierung betont bei jeder Gelegenheit, welche außerordentlich großen Wert sie auf die Beseitigung schienenebener Wegübergänge legt; das ganze Unternehmen der Verlegung der Hüllentalbahn ist aber wesentlich damit begründet, daß eine ganze Anzahl schienenebener Wegübergänge beseitigt werden sollen. So schien Ihrer Budgetkommission die Frage so zu liegen, daß sie mit Aussicht auf Erfolg nicht weiter zu verfolgen sei und Ihre Kommission hat davon abgesehen, mit dem Antrag auf Genehmigung der Position dem Hohen Hause einen Vorbehalt zu empfehlen.

Zu § 7 ist in dem gedruckten Bericht ein Wunsch ausgesprochen. Der Mannheimer Rangierbahnhof ist vollendet, oder geht seiner Vollendung entgegen. In der jüngsten Budgetperiode sind verschiedene Nachforderungen für Gebäude eingetroffen. Die jetzigen Anforderungen scheinen davon herzurühren, daß man mehr Personal braucht, als man vor dem angenommen hatte. Ihrer Budgetkommission schien es sehr erwünscht, zu erfahren, wann das ein Ende nimmt, wieviel an Gebäuden in diesem Bahnhof noch erforderlich ist. Ähnlich verhält es sich bei § 13, Feiburg, Bau von zwei Arbeiterwohnhäusern; auch da sind in den Budgets 1904/05 und 1906/07 Forderungen enthalten für Dienstwohngebäude, Arbeiterwohnungen und dergl.; auch hier erschien es Ihrer Budgetkommission erwünscht, eine Art Programm im nächsten Budget zu erhalten, was in dieser Hinsicht noch Bedürfnis.

Eine Bemerkung ist in dem gedruckten Bericht enthalten auch bei der Position 9. Es ist da ein Betrag von 156 000 M. angefordert für die Errichtung einer Güterstation, und gesagt, daß die Gemeinde Hirschlanden bereit sei, das Gelände zu stellen, und in die Beseitigung einiger schienenebener Wegübergänge eingewilligt habe; das sind die Bedingungen, die man der Gemeinde gestellt hat, damit sie eine Güterstation erhalte. Ihre Budgetkommission hat hier, wie schon bei § 18 im Budgets für 1906/07 (Auerbach, Güterstation) die Empfehlung bekommen, als ob die Errichtung von Güterstationen gewissermaßen der Preis seien, darauf die Zustimmung zur Beseitigung schienenebener Wegübergänge gesetzt wird. Außerdem bestund der Zweifel, ob bei Feldwegen auf die Beseitigung der schienenebenen Uebergänge großes Gewicht zu legen sei; denn teuer sind sie auch bei diesen Weganlagen.

Endlich enthält der Bericht noch einige Bemerkungen zu § 18, Gepäck und Güterwagen. Es sind hier Mitteilungen der Großh. Regierung aufgenommen über die Erscheinungen die in der Verwendung der Güterwagen hervorgetreten sind. Ueber diesen Gegenstand ist übrigens schon gestern bei der Beratung des Eisenbahnbudgets gesprochen worden, und ich glaube deshalb heute darauf nicht zurückkommen zu sollen.

Zu § 20, Weinheim Bahnhofserweiterung ist in dem Bericht festgestellt, daß die Anforderung in Einklang steht mit der Bestimmung des Staatsvertrags über die Vereinfachung der Verwaltung der Main-Neckar-Bahn vom Jahre 1901. In der Begründung ist noch erwähnt, daß die Großh. Hessische Staatsregierung hier für die Bahnhofserweiterung und die kostspielige Wegüberführung beitragspflichtig erscheint, weil zwei Bahnlagen, von

Fürth und Lampertheim, in den Bahnhof einmünden. Verhandlungen hierwegen sind noch nicht gepflogen und deshalb auch nichts in Einnahme gestellt; es ist anzunehmen, daß im nächsten Budget eine entsprechende Einnahme-Position erscheinen wird.

Der Antrag Ihrer Budgetkommission geht dahin:

„Hohe Erste Kammer wolle in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der hohen Zweiten Kammer die Anforderungen des Nachtrags zum Spezialbudget des Eisenbahnbaues für die Jahre 1906/07 und zwar

in der Ausgabe zusammen 8 595 300 M.
in der Einnahme 6 900 M.

genehmigen“.

Generaldirektor Geh. Rat Roth: Gestatten Sie, daß ich mich zu den beiden von Ihrer Budgetkommission zu § 7 und § 9 des Nachtrags geäußerten Wünschen äußere.

Zu § 7 hat die Kommission gewünscht, es möge dem nächsten Landtag mitgeteilt werden, was alles noch an Gebäuden auf dem Mannheimer neuen Rangierbahnhof in der nächsten Zeit erstellt werden will und mit welchem Aufwand. — Ich glaube, daß an Verwaltungs- und Betriebsgebäuden wohl alles notwendige in dem Plane, der der Ausführung zugrunde liegt, enthalten ist; dagegen werden voraussichtlich einige weitere Wohngebäude für Beamte und Arbeiter auf dem Rangierbahnhof zu errichten sein. Die Eisenbahnverwaltung hat sich in dieser Beziehung auf das zunächst unbedingt Notwendige beschränkt und bis jetzt Wohnungen nur für das Personal erstellt, das unter allen Umständen auf dem Bahnhof wohnen sollte, um jederzeit verfügbar zu sein. Dies geschah einestheils deswegen, um die so dringend notwendige baldige Eröffnung des Rangierbahnhofs nicht noch länger hinauszuziehen, dann aber auch, weil das Bedürfnis noch nicht klar liegt. Es war sogar zu erwarten, daß, wenn wir noch mehr Wohnungen erstellen würden, als jetzt erstellt sind, wir Schwierigkeiten mit der Besetzung dieser Wohnungen bekommen würden, weil wohl ein Teil des in Mannheim ansässigen Personals sich nach den Erfahrungen, die anderwärts gemacht wurden, sich dagegen wehren würde, auf den Verschubbahnhof zu kommen, der zwischen den Ortschaften Seddenheim, Rheinau und Friedrichsfeld liegt. Wir haben in Aussicht genommen, das Personal mit besonderen Dienstfahrten von Mannheim an seine Arbeitsstelle zu bringen, wie dies z. B. mit gutem Erfolg bei dem großen Rangierbahnhof Nürnberg geschehen ist, der allerdings von der Stadt Nürnberg noch weiter weg liegt, als der Mannheimer Verschubbahnhof. Nach und von dem Rangierbahnhof, der bei Dudenbleich erstellt ist, verkehren immer zu Beginn und Schluß der Arbeitszeiten und zu den Zeiten, wo das Zugpersonal den Dienst antritt oder verläßt, besondere Züge von und bis Nürnberg. In gleicher Weise gedenken wir in Mannheim zunächst vorzugehen. Da unser Verschubbahnhof am 1. Oktober n. J. eröffnet werden wird, so wird noch ein ganzes Jahr Zeit sein, Erfahrungen zu sammeln und dann im nächsten Budget die Anforderungen, die alsdann noch notwendig erscheinen, zu machen und zu begründen. Dem Wunsche der Budgetkommission wird also Rechnung getragen werden.

Bezüglich des zu § 9 von der Kommission geäußerten Wunsches, daß die Großherzogliche Regierung sich mit der Beseitigung von schienenebenen Feldwegen mehr zurückhalten möge, darf ich darauf hinweisen, daß man mit der Beseitigung von schienenebenen Wegübergängen die Gefahr, die diese Uebergänge immer bilden, vermeiden,

in manchen Fällen aber auch eine Betriebssparnis eintreten lassen will. Wenn es sich nämlich um Wegübergänge handelt, die so stark befahren sind, oder bei denen die örtlichen Verhältnisse so ungünstig sind, daß sie besonders bewacht werden müssen, so wird hier eine mit mäßigem Aufwand gemachte Ueber- oder Unterführung finanziell geradezu günstig wirken, weil die Bewachungskosten höher sein werden, als die Verzinsung und Amortisation des für die Ueber- oder Unterführung aufgewendeten Kapitals. Es wird in jedem einzelnen Falle geprüft werden müssen, ob diese Voraussetzungen zutreffen. Eine allgemeine Regel hierfür nach der Klassifikation der Wege gemäß ihrer Bedeutung für den Straßenverkehr wird nicht wohl möglich sein; es kommt doch sehr darauf an, ob von dem Wegübergang aus die Bahn auf die Geschwindigkeit, mit der die Bahnstrecke befahren wird, dann auch auf die Stärke der Benützung des Weges. Ich muß feststellen, daß in der letzten Zeit gerade auf Feldwegen eine Reihe von Unfällen vorgekommen ist. Dies ist dadurch erklärlich, daß ein Teil dieser Feldwege von einige hundert Meter weit entfernten Wärdterposten mit Drahtzügen bedient wird. Versehen oder Unachtsamkeit des Personals kann hier schlimmere Folgen haben, als auf stark begangenen und besonders bewachten Kreiswegen oder Landstraßen. Der vorliegende Fall bildet eigentlich wieder eine Besonderheit. Hier handelt es sich darum, eine Station vollständig umzubauen; da drängt es sich förmlich der Verwaltung auf, die Gelegenheit, wo die Gemeinde eine Güterstation zu erhalten wünscht, zu benützen, um auch noch zwei ziemlich stark benützte Feldwege zu beseitigen, weil man die Zustimmung zur Erstellung der Güterstation an die Bedingung der Ueberführung der Wegübergänge knüpfte. Ich glaube, die Regierung wird wohl auch in diesem Sinne fortfahren sollen, bestmöglichst ihr Augenmerk darauf zu richten, schienenenebene Wegübergänge wegzubringen, denn sie bilden alle einen Gefahrenpunkt, und je mehr auf die Erhöhung der Zugsgeschwindigkeit gedrängt wird, um so wünschenswerter ist es, die Zahl der schienenenebenen Wegübergänge zu vermindern. Selbstverständlich werden — und ich glaube, in diesem Sinne den Wunsch Ihrer Kommission auch auffassen zu dürfen — ganz unbedeutende Feldwege, deren Beseitigung mit nennenswerten Kosten verbunden wäre, nicht in das Programm aufgenommen werden, es müßte denn sein, daß dies bei Gelegenheit des Umbaus einer Station oder bei größeren Streckenbauten, namentlich bei Erstellung der zweiten Gleise ohne erheblichen Aufwand geschehen kann.

Freiherr von Stöckingen: Den Antrag der Budgetkommission, die Großh. Regierung möchte künftig bei Beseitigung schienenenebenen Wegübergänge zurückhalten der sein, möchte ich mir erlauben nachdrücklich zu unterstützen. Als Grund für die Beseitigung schienenenebenen Bahnübergänge wurde die Verkehrssicherheit angeführt. Zuzugeben ist, daß bei verkehrsreichen Straßen im Interesse der Sicherheit des Bahnverkehrs, wie des Straßenverkehrs die Beseitigung dieser Uebergänge erforderlich ist. Dieser Grund liegt aber bei der Beseitigung der Uebergänge auf Feldwegen nicht vor. In der Budgetkommission ist ein Fall mitgeteilt worden, wo ich glaube bei Ringsheim — ein schienenenebener Uebergang beseitigt wurde auf einem Mattenweg, der lediglich 14 Tage im Jahre benützt wird. Da wurde mit großen Kosten eine Ueber- oder Unterführung hergestellt. Des weiteren möchte ich hinweisen auf die neue Strecke Stahringen—Ueberlingen—Friedrichshafen, wo zahlreiche kostspielige Ueber- und Unterführungen her-

gestellt wurden bei Feldwegen, von denen ich aus eigener Erfahrung weiß, daß sie nur wenig benützt werden.

Als weiterer Grund wurde angeführt, die Beseitigung von schienenenebenen Uebergängen bedeute eine Betriebssparnis. Ich wurde da an die Perronsperre erinnert. Auch da wurde als Grund angegeben die Ersparnisse an Personal. Das Budget weist nun aber nicht nach, daß eine Verminderung an Personal eingetreten ist; im Gegenteil ich glaube gelesen zu haben, daß weiteres Personal gerade mit der Begründung, dasselbe sei für die Perronsperre nötig, da und dort angefordert wurde. Wie die Begründung zur Position für Hirschlanden beweist, setzen die Gemeinden der Beseitigung dieser Uebergänge einen gewissen Widerstand entgegen. Die Unterführungen wie die Ueberführungen bieten eben manche Hindernisse für den landwirtschaftlichen Betrieb. Die Unterführungen werden aus berechtigten Ersparnisgründen in der Regel etwas schmal und nieder hergestellt, dann ist nicht möglich, mit einem voll beladenen Wagen durchzufahren. Die Wagen müssen wesentlich geringer beladen werden, so daß, was auf zwei Wagen heimgeführt werden könnte, jetzt auf drei oder vier Wagen geladen werden muß, um den Engpaß passieren zu können. Bei der jetzigen Leutenot entsteht hiedurch eine wesentliche Erschwerung für den landwirtschaftlichen Betrieb. Endlich macht es keinen angenehmen Eindruck, daß die Erfüllung berechtigter Wünsche — wie die Schwärzung von Güterstationen z. B. in Hirschlanden — davon abhängig gemacht wird, daß die Gemeinden der Beseitigung von Schienenübergängen beistimmen. Sie werden hierzu gezwungen dadurch, daß man sagt: willigt Ihr nicht in die Beseitigung der schienenenebenen Uebergänge ein, werden Eure Wünsche nicht erfüllt.

Zu Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrag möchte ich deshalb die Großh. Regierung bitten, im Interesse der Kostenersparnisse wie mit Rücksicht auf die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft, in Zukunft bei Beseitigung schienenenebenen Wegübergänge etwas zurückhaltender zu sein.

Die einzelnen Positionen werden hierauf aufgerufen und werden ohne Debatte genehmigt.

Geheimerat Honjell: Die Hohe Zweite Kammer hat bei Beratung des Eisenbahnbaubudgets die vierte Teilforderung für die Erweiterung des Bahnhofes in Pforzheim (§ 27) vorläufig abgesetzt, und das Gleiche mußte dann von diesem Hohen Hause geschehen. Namentlich hat die Hohe Zweite Kammer in ihrer 126. Sitzung über den Gegenstand Beschluß gefaßt. Das wesentliche über die Sachlage ist bereits in dem Druckbericht Ihrer Kommission über das Eisenbahnbaubudget für 1906/07 Seite 23/24 gesagt. Die Durchführung der Bahnhofserweiterung in Pforzheim hat dadurch eine Verzögerung erfahren, daß die Stadt Pforzheim dem Vorhaben der Großh. Regierung, im Zug der Kreisstraße von Pforzheim nach Bretten eine Straßenüberführung zu erstellen, widerstrebt hat, weil sie die Straße unterführt haben wollte. Das war auch der Gegenstand einer Petition, die an die beiden Hohen Häuser des Landtages von dem Stadtrat der Stadt Pforzheim gelangt ist. Die Petition schließt mit der Bitte, „die Hohe Kammer wolle bei Lösung der Frage eines Erlases des Brettener Niveaueberganges, das von den Sachverständigen Ingenieur Meim in Hamburg und Geheimen Baurat Haack in Karlsruhe bearbeitete Unterführungsprojekt zugrunde legen“.

Nun, die Lösung einer Frage der vorliegenden Art kann nicht wohl Sache der Landstände sein. Die Landstände können die Anforderung bewilligen, können sie ver-

sagen, dabei Bedingungen, Vorbehalte machen, auch in mehr oder minder bestimmter Weise Wünsche aussprechen und dabei für die eine oder andere Lösung in der Behandlung des Entwurfs eintreten. So ist wohl auch die Bitte des Stadtrats Pforzheim gemeint. Die Frage wegen der Behandlung der Straßenkreuzung ist in der umfassendsten Weise behandelt worden bei der Großh. Regierung und durch eine Anzahl von Begutachtungen, die die Stadtgemeinde Pforzheim oder eine Gruppe von Beteiligten im Laufe der Jahre veranlaßt haben. Auch die Enteignungskommission war mit der Sache schon beschäftigt, und die Großh. Regierung steht auf dem Standpunkt, daß diese Frage überhaupt im Enteignungsverfahren ausgetragen sei, also gegebenenfalls durch eine Staatsministerialentscheidung zu entscheiden sei. Mit einer weitgehenden Geduld hat die Großh. Regierung die Projekte und Gutachten, die ihr von der Stadtgemeinde zugegangen sind, nicht sowohl nur geprüft, sondern teilweise geradezu ausgearbeitet; denn das, was an sie gebracht wurde, war meist nicht derart behandelt, daß es ohne weiteres mit dem Projekt der Großh. Regierung verglichen werden konnte. Dazu war großer Zeit- und Kostenaufwand erforderlich; bei einer derartigen Behandlung ist es schon begreiflich, wenn die Verwaltungskosten gewaltig anwachsen. Ich möchte glauben, daß, wenn ein Beteiligter gegen ein Projekt der Eisenbahnverwaltung auftritt und ein Gegenprojekt bringt, daß man von ihm verlangen kann, daß dieses Projekt durchgearbeitet, daß es leicht vergleichbar ist mit dem der Großh. Regierung. Aber wenn hier monatelange Arbeit aufgewendet wurde, um nur völlig klar zu stellen, was der Gegenvorschlag bedeutet, geht diese Gefälligkeit seitens der Großh. Regierung zu weit.

Ueber das Ergebnis des Gutachtens von Gleim und Haab hat die Großh. Regierung ausführliche Mitteilung gemacht; sie ist in dem Druckheft bezeichnet „zu Nummer 15“ der Druckfaden der Zweiten Kammer wieder gegeben. Die Budgetkommission der Hohen Zweiten Kammer hat sich schließlich überzeugt, daß die Ueberführung des Bretener Uebergangs die richtige Lösung ist und hat demgemäß auch die Genehmigung in Antrag gebracht und die Hohe Zweite Kammer hat dementsprechend beschlossen; damit war dann die Petition des Stadtrats Pforzheim erledigt und Ihre Budgetkommission beantragt die gleiche Behandlung.

Die Hohe Zweite Kammer hat aber zu diesem genehmigenden Beschluß auch noch die Erwartung ausgesprochen, daß zwei im Projekt enthaltene Unterführungen für Fußgänger und Karrenverkehr breiter hergestellt werden, als wie sie geplant sind, u. ferner, daß an Stelle der in Aussicht genommenen Erweiterung und Umgestaltung der Aufnahmegebäude in Pforzheim ein neues Aufnahmegebäude treten soll. Die Großh. Regierung hat in dem anderen Hohen Hause dies in Aussicht gestellt.

Ihre Budgetkommission hat ebenfalls die Ueberführung der Kreisstraße für zweckmäßig befunden und empfiehlt Ihnen in dieser Beziehung Genehmigung. Dagegen sieht sie keinen Grund ein, zu den weiteren Erwartungen, die seitens des anderen Hohen Hauses ausgesprochen sind, Stellung zu nehmen, weil ihr dazu alle und jede Unterlage fehlen. Ihre Budgetkommission ist der Meinung, daß es dem Hohen Hause vorbehalten bleiben muß, Aenderungen an dem den seitherigen Bewilligungen zugrunde gelegten Projekt in Erwägung zu ziehen, wenn eine Anforderung in dieser Richtung an die Landstände gebracht werde. Bis dahin besteht kein Anlaß zu einer Beschlußfassung. Ihre Kommission beantragt hiernach,

die Hohe Erste Kammer wolle

1. die vierte Teilforderung für die Bahnhofserweiterung Pforzheim — Titel III § 27 des Spezialbudgets für den Eisenbahnbau — in Höhe von 500 000 M. genehmigen,
2. mit der Genehmigung der Budgetanforderung die eingelaufene Petition des Stadtrats Pforzheim als erledigt erklären,
3. die Beratung in abgekürzter Form vornehmen.

Baudirektor **Basmer!** Ich möchte nur eine Bemerkung machen hinsichtlich der von der Budgetkommission der Zweiten Kammer gestellten Bedingungen, daß die beiden Karrenunterführungen etwas weiter gemacht werden und ein definitives Aufnahmegebäude statt eines Umbaues hergestellt wird. Die erste Bedingung ist nicht sehr einschneidend und kann ohne große Kosten erfüllt werden, so daß deren Erfüllung, um einen großen Zantapfel aus der Welt zu schaffen, wohl zugebilligt werden kann. Denn wenn die Unterführung $4\frac{1}{2}$ oder 6 Meter breit ist, so bleiben das gleiche Mauerwerk der Widerlager — es handelt sich nur um stärkere Träger, die eingefügt werden müssen —, und die Grabarbeiten die gleichen. Es wird sich nur um einen geringen Mehraufwand handeln, wenn man die Unterführung mit 6 Meter anstatt mit 4,5 Meter Breite herstellt. Immerhin wird es etwas ausmachen, aber von ausschlaggebender Bedeutung ist es nicht.

Was das Aufnahmegebäude anlangt, so hat man sich allerdings Jahre lang mit dem Gedanken getragen, das Aufnahmegebäude dadurch zu vergrößern, daß es angebaut und umgebaut wird. Es wurde auch dem Stadtrat früher schon eine Erweiterung des Aufnahmegebäudes nach dieser Richtung in Aussicht gestellt. Daß das Aufnahmegebäude in großem Maße erweiterungsbedürftig ist, unterliegt keinem Zweifel. Davon wird sich jeder, der nach Pforzheim kommt und das Aufnahmegebäude betritt, überzeugen, daß nicht nur die Räumlichkeiten für das Publikum, sondern auch die Räumlichkeiten für die Verwaltung ungenügend und äußerst mangelhaft sind. Das Personal sitzt gedrängt aufeinander in kleinen Räumen, wo die verschiedensten Berrichtungen vorgenommen werden. Die Erweiterung des Aufnahmegebäudes ist jedenfalls dringend nötig. Die Erweiterung war in Aussicht genommen im Anschluß an den Umbau des Bahnhofs Pforzheim. Sie war seinerzeit als Umbau auf 250 000 M. veranschlagt. Man hat sich mit der Zeit jedoch, während man sich mit dem Umbauprojekt näher befaßt hat, überzeugt, daß dieser Umbau im Grunde genommen eine Maßregel ist, die zu einem befriedigenden Resultat nicht führen wird. Es muß jeder Raum abgeändert werden, fast keine Wand bleibt stehen, die ganze Fassade muß herausgerissen und vorgelegt, d. h. erneuert werden. Das ganze Gebäude ist nieder gebaut schon für seinen jetzigen Grundriß; wenn es noch Anbauten bekommt, wird sein äußeres Ansehen jedenfalls auch nicht gewinnen. Die Generaldirektion hat sich deshalb schon, bevor die jetzige Anregung kam, mit dem Gedanken getragen, einen Neubau zu erstellen. In der Budgetanforderung, die jetzt gestellt worden ist, ist nichts für einen Neubau enthalten, man wollte sich die Frage offen lassen. Jetzt im Augenblick erscheint der Neubau als ein Zugeständnis; nach Fertigstellung des Umbaues, der vor 3—4 Jahren nicht zu erwarten ist, da die Bahnsteige und Tunneln zuerst gemacht werden müssen und erst dann das Aufnahmegebäude an die Reihe kommen kann, wäre man wohl endgültig zu der Ansicht gekommen, das Aufnahmegebäude neu zu erstellen. Das, was jetzt Zuge-

ständnis ist, würde sich nach einigen Jahren ganz vom selbst ergeben. Eine Ausgabe von 250 000 M. für einen Umbau, der doch nur eine halbe Arbeit wäre, glaube ich, sollte man besser unterlassen.

In der Erklärung, die die Großh. Regierung abgegeben hat, ist auch enthalten, daß es mit dem Umbau nicht so rasch vorangehen wird. Es soll abgewartet werden, bis der Bahnhofumbau vollendet ist. Es ist nur in Aussicht gestellt, im nächsten Jahre Pläne und Kostenanschlag vorzulegen, die dann den beiden Häusern unterbreitet werden. Es ist dann noch Zeit, an Hand der Kostenanschläge und Pläne seitens der beiden Hohen Häuser zu prüfen, ob diese Ausgabe gerechtfertigt ist oder nicht. Denn ohne daß eine Budgetanforderung dahin gestellt ist, kann die Ausführung ja nicht erfolgen.

Defonomierat Frank: Es ist außerordentlich erfreulich, daß der Herr Baudirektor sich soeben so günstig ausgesprochen hat für die Wünsche, oder ich will vielleicht sagen mehr für den Antrag, den die Hohe zweite Kammer ihrem Beschluß in diesem Paragraphen noch angegeschlossen hat.

Zweiter Vizepräsident Geh. Rat Dr. Bürklin: Der Herr Redner vergeht, wenn ich unterbreche. Ich will nur dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen, daß ein Antrag eingekommen ist, unterzeichnet von den Herren Frank, Senel, Koelle, Boeckh, welcher lautet: Die Unterzeichneten beantragen, die Ordnungsziffer 2a und b der Beschlüsse der Hohen Zweiten Kammer auch in diesem Hohen Hause zu beschließen.

Defonomierat Frank (fortfahrend): Es wird wohl anzunehmen sein, daß allen, wenigstens weitaus den meisten Herren, die Bahnverhältnisse in Pforzheim wohl bekannt sind und daß ihnen weiter bekannt ist, wie man von seiten der Stadt Pforzheim, auch von seiten der Eisenbahnverwaltung seit Jahren darauf ausgeht, die Verhältnisse dort zu verbessern, nicht allein bezüglich des Güterverkehrs, sondern auch bezüglich des Personenverkehrs. Nun, man konnte bis dato zu einer Einigung über die Verbesserung, die durchgeführt werden soll, nicht gelangen, weil in erster Reihe zu einer Verbesserung gehört, daß der sogenannte Niveauübergang über die Brettener Straße auf irgend eine Weise verlegt wird. Die Eisenbahnverwaltung war der Meinung, daß es nur eine Ueberführung geben könnte und die Bewohner der Stadt Pforzheim — ich spreche hier von Bewohnern, denn es ist nicht allein der Stadtrat, der diese Auffassung hat — man kann sagen, die gesamte Einwohnerschaft Pforzheims war der Meinung, daß eigentlich nur eine Ueberführung hier geeignet erscheine, um die Verhältnisse zu bessern. Wenn letztere so sehr in Pforzheim gewünscht wird, und sogar stürmisch gewünscht wird, so ist, glaube ich, dieser Wunsch an sich wirklich nicht unberechtigt.

Wenn Sie sich die Lage der Stadt Pforzheim etwas näher ansehen und sehen sich die Bahnhofanlage an, so werden Sie allerdings es begreifen, wenn man in Pforzheim einer Unterführung vor einer Ueberführung den Vorzug gibt. Die Stadt Pforzheim liegt bekanntlich etwa 120 bis 150 Meter tiefer als der Bahnhof. Von der Altstadt Pforzheim hauptsächlich führen nun und haben bis dato zwei Wege zum Bahnhof geführt, der sogenannte Schulberg und der sogenannte Schloßberg. Diese beiden Wege, der eine hat 11 Proz., der andere 13 Proz. Steigung — waren bis jetzt die hauptsächlichsten Zufahrtswege zum Bahnhof Pforzheim. Diese Einrichtung hat ja allerdings mit der Eisenbahnverwaltung nichts zu tun, das kann die Eisenbahnverwaltung nicht bessern, so ist die An-

lage von vornherein gewesen und das konnte man bei den ausgebauten Straßen Schulberg und Schloßberg nicht ändern. Nun, wenn also die Bahnhofverhältnisse gebessert werden sollen, namentlich wenn die Gleisübergänge nach irgend einer Richtung hin verlegt werden sollen oder wenn in Frage steht, ob eine Unterführung oder Ueberführung erstellt werden soll, so ist es begreiflich, daß, wenn man von vornherein schon in den Hauptwegen diese starke Steigerung nach dem Bahnhof hat, man dann nicht noch eine weitere Steigerung über den Bahndamm wünscht. Es ist insofern begreiflich, als jenseits der Bahn nicht allein Bauviertel bestehen und wahrscheinlich mit den Jahren verschiedene weitere Viertel errichtet werden, sondern weil der Hauptgemarkungsteil Pforzheims jenseits der Bahn liegt. Es müßten also alle, die diesen Gemarkungsteil befahren — auch Fußgänger, wie ehemals projiziert war — wenn sie den Berg hinauf gekommen sind, nochmals die Ueberführung begehen und befahren. Aber nicht allein die Bewohner Pforzheims, die über die Bahn wollen, hätten diese Steigung zu überwinden, sondern auch alle die Passanten nach den nördlich der Bahn gelegenen Orten — und die Zahl ist nicht klein, es sind sechs größere Gemeinden, die einen großen Verkehr mit Pforzheim haben — hätten alle erstens einmal einen Umweg zu der Ueberführung von etwa 300 Meter zu machen und dann die Steigung zu nehmen. Also die Meinungsverschiedenheiten — man kann sagen der Streit — zwischen Eisenbahnverwaltung und Stadt Pforzheim wegen dieser Angelegenheit bestehen schon acht Jahre, und wenn jetzt durch diese Beschlüsse der Großh. Regierung sowohl wie der Hohen Zweiten Kammer eine Verständigung erzielt wurde, so ist das wirklich sehr erfreulich. Ich hätte es viel lieber gesehen, um wenigstens nach der Richtung hin Pforzheim zu zeigen, daß die Erste Kammer seine Interessen gerade so im Auge hat, wie die Zweite Kammer, wenn noch die verehrliche Budgetkommission die Anregungen, die Beschlüsse der Hohen Zweiten Kammer vollständig zu ihren eigenen gemacht hätte. Es wäre jedenfalls dadurch eine größere Beruhigung eingetreten in Pforzheim, wenn man von beiden Häusern des Landtags hier die Ansicht vertreten hörte, daß, wenn wirklich die Ueberführung durchgeführt wird, dann diese zwei Personenunterführungen erstens einmal erweitert werden von $4\frac{1}{2}$ auf 6 Meter und dann nach zwei Jahren — wie man sich von seiten der Eisenbahnverwaltung bereit erklärt hat — ein neues Aufnahmegebäude erstellt wird bzw. dem nächsten Landtag Pläne und Kostenanschläge vorgelegt werden.

Also ich glaube, wenn ich mir erlaubt habe, den Antrag zu stellen, Sie dürften in diesem Sinne demselben zustimmen; denn, wie gesagt, in Pforzheim wird man sich kaum trösten, daß man statt der Unterführung die Ueberführung bekommt; aber immerhin trägt viel zur Beruhigung bei, wenn es nun nicht anders geht, wenn man sich die Ueberführung gefallen lassen muß, daß auf der anderen Seite gleich die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, die zwei für Personen- und Kleinwagenverkehr zu errichtenden Unterführungen etwas zu verbreitern und nach zwei Jahren — vielleicht vier Jahren — ein neues Aufnahmegebäude, das dringend notwendig ist, zu erstellen. Ich bitte, dem Antrag, den ich und die mitunterzeichneten Herren eingereicht haben, zuzustimmen.

Präsident des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Geh. Rat Freiherr von Marschall: Obgleich ich in Karlsruhe geboren bin und bereits seit ungefähr dreißig Jahren meinen ständigen Wohnsitz in dieser sehr eben gelegenen Stadt habe, bin ich ein großer Freund der Bewegungen im Terrain

und ich freue mich über jedes Städtebild, das sich ergibt, wenn man von höher gelegenen Punkten aus auf eine Stadt herabschauen kann. So bin ich auch ein großer Freund des Städtebilds von Pforzheim und ich freue mich stets, wenn ich aus dem höher gelegenen Bahnhof herausträte und herunterblicke auf die industriereiche Stadt. Aber so bewegt ist das Terrain doch nicht, wie es uns der Herr Vorredner geschildert hat, er hat von einem Höhenunterschied von mehr als 150 m gesprochen. Ich habe geglaubt, er habe vielleicht an 150 Fuß gedacht. Auch dies ist nicht der Fall. Der Bahnhof ist nach der mir vorliegenden topographischen Karte, 280 Meter hoch gelegen und die am tiefsten gelegenen Punkte der Stadt haben eine Höhenlage von ungefähr 260 Meter. Es handelt sich also im ganzen um einen Höhenunterschied von 20 Meter der allerdings, wie der Herr Vorredner gesagt hat, nur durch eine beträchtliche Steigung überwunden werden kann, denn die betreffenden Straßen haben ein sehr starkes Gefäll. Aber gerade dieser Umstand wird eine Ueberführung weniger bedenklich erscheinen lassen, wie es in ebenen Gegenden der Fall ist, denn die Fuhrwerksbesitzer müssen sich hier ohnedies auf die Ueberwindung bedeutender Steigungen einrichten. Nun kommt aber noch ein anderer Umstand in Betracht. Das nördlich der Bahn gelegene Gelände ist noch höher und infolge davon ergibt sich bei einer Ueberführung durchaus keine verlorene Steigung wie der Herr Vorredner gesagt hat, sondern man kann, nachdem man die Ueberführung überwunden hat, zunächst eben dahin fahren, um in den nördlichen Teil der Stadt zu gelangen. Gerade darum schwindet hier auch das Bedenken gegen eine Ueberführung ganz wesentlich und ich habe es nie recht begreifen können, wie die Pforzheimer dazu kamen, so sehr gegen eine Ueberführung sich auszusprechen. Bei einer Unterführung wäre die Steigung nach Durchquerung der Unterführung nach dem nördlichen Stadtteil nicht geringer gewesen und man hätte sich zum Teil in einem Hohlweg bewegen müssen. Dabei hätte die Herstellung einer Unterführung aber auch noch technische Bedenken gehabt, die die Großh. Regierung nicht beseitigen zu können glaubte. Die Herstellung einer Unterführung hätte insbesondere eine Höherlegung des Bahnhofplanums um 36 Zentimeter bedingt und diese Höherlegung des Planums eines ohnedies so sehr beschränkten Bahnhofs, hätte während des Betriebs erfolgen müssen. Das wäre mit den größten Gefahren verbunden, für die wir nie in der Lage gewesen wären, die Verantwortung zu übernehmen. Aber nun kommt noch etwas anderes dazu. Der ganze Bahnhofvorplatz hätte tiefer gelegt werden müssen. Man hätte sich vom Bahnhof aus nach vielen Richtungen in Hohlwegen bewegen, man hätte Häuser, die in der Nähe des Bahnhofplatzes und in benachbarten Straßen liegen, unterfangen müssen, kurz, es wäre eine Fülle von Konstruktionen erforderlich gewesen, die zu großen Bedenken Anlaß gegeben und nur mit großen Kosten hätten überwunden werden können. Die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hat auch in sehr zutreffender Weise darauf aufmerksam gemacht, daß das schöne landschaftliche Bild, das sich vom Bahnhofplatz eröffnet, vollständig geschwunden wäre. Also abgesehen von großen finanziellen Bedenken, die die Herstellung der Unterführung bei der Großh. Regierung erregen mußte, sind es auch die gewichtigsten Bedenken technischer Natur, die die Großh. Regierung veranlassen, dem Unterführungsprojekt auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Was nun die weiteren Wünsche der Stadt Pforzheim anbelangt, so haben wir heute über diese nicht definitiv zu befinden. Es wird die Aufgabe eines späteren Land-

tages sein, wenn detaillierte Projekte für das Bahnhofsgelände vorliegen, sich darüber auszusprechen.

Was die Erweiterung der beiden für Fußgänger und Karren bestimmten Unterführungen von $4\frac{1}{2}$ auf 6 Mtr. anbetrifft, so hat Herr Baudirektor Wasmer bereits ausgeführt, daß erhebliche Kosten daraus nicht erwachsen werden; was aber die Herstellung eines neuen Aufnahmegebäudes anlangt, so möchte ich die Herren, die schon Erfahrungen bei Bauten gemacht haben, darauf hinweisen, daß ein Umbau, wie er projektiert war, oft erheblichere Kosten verursacht, als ein Neubau. Daß wir aber bei diesem Neubau die tüchtigste Sparjamkeit walten lassen, davon dürfen Sie überzeugt sein. Ich kann meine Ausführungen damit schließen, daß ich ersehe, den Antrag der Budgetkommission, so wie er gestellt ist, anzunehmen.

Das Schlußwort erhält der Berichterstatter

Geh. Rat **Houffell**: Was der Herr Deconomierat Frank vorgetragen hat, spricht alles dafür, daß man die Unterführung auszuführen hätte, nicht die Ueberführung. Aber wie das zusammenhängt mit dem neuen Bahnhofsaufnahmegebäude hat er uns nicht auseinandergesetzt, man kann aber schließen, daß er der Meinung wäre, die Stadt Pforzheim ist mit einem Gedanken, den sie jahrelang verfolgt hat, auch bei den Landständen unterlegen; dafür soll die Stadt nun ein neues Aufnahmegebäude bekommen. Zu dieser Auffassung kann ich mich schlechterdings nicht verstehen. Ist ein neues Aufnahmegebäude notwendig, ist der Neubau zweckmäßiger, als die seither beabsichtigte Vergrößerung des vorhandenen Gebäudes, dann werden wir abwarten, bis hierwegen eine Vorlage an die Landstände kommt. Es wäre das eben wieder ein Verlassen eines Projektes. Die Erwägungen, die der Herr Baudirektor vorgetragen hat, hätten alle eintreten müssen, bevor man in dem Budget von 1906/07 die Angabe über die Gesamtkosten für die Pforzheimer Bahnhofserweiterung machte. Im Beihest zum Budget ist gesagt, daß dieser Aufwand 6 679 500 M. betrage; seither waren angenommen 3 540 000 M.; dabei ist wohl die Erweiterung des Bahnhofgebäudes vorgeesehen; doch könnte man im Zweifel sein, denn die Großh. Regierung scheint dem Gedanken des Bahnhofneubaues zugeneigt. Ist in der Kostenangabe im Beihest der Neubau schon vorgeesehen, dann ist es ja gut, ist er aber nicht vorgeesehen, so haben wir zu gewärtigen, daß die Summe abermals erhöht werden wird, nachdem sie schon jetzt nahezu das Doppelte beträgt der früheren Kostenangabe. Unter diesen Umständen sollte das Hohe Haus in keiner Weise sich binden. Es ist vom Regierungstisch auseinandergesetzt worden, daß eigentlich der Neubau wahrscheinlich nicht mehr kosten wird, als die Erweiterung und der Umbau. Dann ist alles gut. Und wenn auch die Fußweg- und Karrenunterführung nur unbedeutende Mehrkosten verursacht, — bei einem Bauobjekt, das beinahe 7 Millionen kostet, kann man auch etwas einsparen — dann würden die Landstände nicht noch einmal mit dem Gegenstand sich zu beschäftigen haben. Hinsichtlich der Kosten für das Aufnahmegebäude bin ich indes doch im Zweifel; gerade deshalb möchte ich das Hohe Haus bitten, den Antrag der Budgetkommission schlankweg anzunehmen.

Das Schlußwort als Antragsteller erhielt Deconomierat **Frank**: Es war jedenfalls meine Absicht nicht, nachdem die Verhältnisse soweit gebiechen sind, für eine Unterführung zu sprechen. Wenn es den Eindruck gemacht hat, daß ich mich nach dieser Richtung geäußert hätte, würde es entweder meinerseits eine etwas un-

richtige Aussprache gewesen sein, oder es wäre von Ihnen aus meine Absicht etwas mißverstanden worden. Ich wollte lediglich sagen, wie die Stimmung in Pforzheim heute noch ist. Die Bevölkerung Pforzheims kann sich mit dem kaum ausfühnen, daß man ihr für den Brettener Wegübergang keine Unterführung an dieser Straße anlegen will, sondern eine Ueberführung vorschlägt. Ich glaube aber, daß sich die Pforzheimer dabei beruhigen würden, wenn auch von seiten dieses Hohen Hauses ausgesprochen würde — ähnlich wie es in der Zweiten Kammer geschehen ist —, daß die beiden Fußgängerunterführungen verbreitert werden, und daß nach zwei Jahren den beiden Häusern des Landtages Pläne und Kostenvoranschläge zur Erbauung eines neuen Aufnahmegebäudes vorgelegt werden; das wollte ich nur mitteilen.

Es wird zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Budgetkommission geschritten; derselbe wird einstimmig angenommen.

Ueber den Zusatzantrag des Deconomierat Frank:

„Das Hohe Haus wolle die Erwartung aussprechen, a. daß mit der Ausführung der Straßenüberführung anstelle des derzeitigen schienenebenen Brettener Straßenüberganges zugleich die statt der beiden Stege westlich und östlich des Aufnahmegebäudes geplanten

Unterführungen für Fußgänger in einer Breite von mindestens 6 Meter angelegt werden, damit solche den Fußgänger- und Karrenverkehr in richtiger Weise aufzunehmen in der Lage sein werden;

b. daß die Grobsh. Regierung bis zum nächsten Landtag Plan und Kostenanschlag für ein neues Aufnahmegebäude ausarbeitet und den Landständen zugleich mit einer entsprechenden Budgetanforderung vorlegt“

wird zu Ziffer a und b getrennt abgestimmt.

In beiden Fällen wird der Antrag mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung ³/₄ 7 Uhr.

* Karlsruhe, 20. Juli. 34. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, den 21. Juli 1906, vormittags halb 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Einläufe.
2. Beratung des Berichts der Sonderkommission für den Entwurf eines Gesetzes, die Vermögenssteuer betreffend. Bericht-erfasser: Geh. Rat Kewald.

34. Sitzung Seite 585.